



**LEBENSSTANDARD
WIRTSCHAFTSAUSBLICK
AKTUELLE UMFRAGEN ZUM KONFLIKT IM DONBASS**

■ ANALYSE	Der Lebensstandard in der Ukraine in den Jahren 2014/2015: sinkender Wohlstand und die Anpassungsstrategien der Bevölkerung Von Kseniia Gatskova, Regensburg	2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	Objektive Indikatoren für und subjektive Wahrnehmungen von Wohlstand	5
■ ANALYSE	Äußerst verhaltener Wirtschaftsausblick zwei Jahre nach dem Maidan Von Gunter Deuber und Andreas Schwabe, Wien	7
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	Wirtschaftsindikatoren	14
■ UMFRAGE	Die ukrainische Bevölkerung zum Donbass-Konflikt	19
■ DOKUMENTATION	Der aktuelle Bericht der UN-Menschenrechtsbeobachtermission in der Ukraine	23
■ CHRONIK	23. November – 6. Dezember 2015	25

Die nächste Ausgabe der Ukraine-Analysen erscheint nach der Weihnachtspause am 27. Januar 2016.

Die Redaktion der Ukraine-Analysen wünscht ihren Leserinnen und Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes, gesundes und erfolgreiches Jahr 2016!



Der Lebensstandard in der Ukraine in den Jahren 2014/2015: sinkender Wohlstand und die Anpassungsstrategien der Bevölkerung

Von Kseniia Gatskova, Regensburg

Zusammenfassung

In den letzten zwei Jahren hat sich der Lebensstandard der ukrainischen Bevölkerung rapide und beträchtlich verschlechtert. Die Abwertung der Nationalwährung, der Rückgang der industriellen Produktion und die Erhöhung der Energiepreise führten zu einem Anstieg der Lebenshaltungskosten sowie zur Schrumpfung der Mittelschicht. Zum ersten Mal seit den 1990er Jahren wird die Armut breiter Bevölkerungsschichten zum vordergründigen Problem. Ohne schnelle Reformfortschritte, die ein spürbares Wirtschaftswachstum fördern, kann eine weitere Verschlechterung des Lebensstandards zu sozialen Spannungen im Land führen.

Allgemeine Tendenzen

Abgesehen von der wirtschaftlichen Rezession infolge der globalen Finanzkrise 2008/2009 gab es eine langsame Verbesserung der Wirtschaftslage in der Ukraine zwischen den Jahren 2000 und 2013. Die Armutsrate sank in dieser Zeit spürbar, und obwohl die Ukrainer nach wie vor zu den ärmsten Völkern Europas zählten, haben die meisten Haushalte einen moderaten Anstieg des Lebensstandards erlebt. Seit der Aggression Russlands im Frühling 2014 sind jedoch negative Tendenzen für den Wohlstand der Menschen zu erkennen. Diese Tendenzen haben sich 2015 nicht nur weiter fortgesetzt, sondern auch drastisch verschärft.

Laut Angaben der Weltbank betrug das ukrainische Bruttonationaleinkommen (BNE) pro Kopf im Jahr 2014 8.560 Dollar (Internationaler Dollar in Kaufkraftparität), was lediglich der Hälfte des BNE pro Kopf im Nachbarland Belarus entspricht. Kleinere Werte haben in Europa nur Moldawien, Georgien und Armenien (s. Grafik 1 auf S. 5). Im Jahr 2014 schrumpfte die Wirtschaft der Ukraine um 6,8 Prozent, wobei 2015 ein weiterer Rückgang zwischen sieben und zwölf Prozent erwartet wird. Die enorme Abwertung der Hrywnja gegenüber Dollar und Euro und die Anhebung der Energiepreise haben die Inflation ruckartig steigen lassen. Sinkendes reales Einkommen und steigende Preise für Güter und Dienstleistungen führten in den letzten zwei Jahren dazu, dass viele Familien in der Ukraine eine deutliche Verschlechterung ihrer wirtschaftlichen Situation in Kauf nehmen mussten. Einen dermaßen niedrigen Lebensstandard wie in den letzten zwölf Monaten hat die ukrainische Bevölkerung zuletzt in den 1990er Jahren erlebt. Die aktuelle Wirtschaftskrise, die unter anderem stark durch den andauernden Konflikt im Osten des Landes – und die damit verbundene Industriezerstörung sowie den Handelskrieg mit Russland – bedingt ist, wirkt sich äußerst negativ auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung aus.

Das Ausmaß der extremen Armut ist dramatisch gestiegen. Die traditionell am meisten von der Armut betroffenen Gruppen sind nach wie vor Rentner, kinderreiche Familien und die ländliche Bevölkerung. Ebenfalls besonders armutsanfällig sind die Binnenvertriebenen, deren Anzahl in der Ukraine mittlerweile über 1,5 Millionen liegt.

Einkommen

Laut Angaben des ukrainischen Statistikamtes haben sich die Reallöhne in der Ukraine seit Ende 2013 um mehr als 30 Prozent verringert. Die Einkommen der Haushalte stiegen viel langsamer als die Konsumentenpreise und dadurch ist die Kaufkraft der Bevölkerung merklich gesunken. Im Jahr 2013 betrug der Durchschnittslohn in der Ukraine 3.234 Hrywnja (etwa 280 Euro nach dem damaligen Wechselkurs), zwischen Januar und Oktober 2015 bekam ein Arbeiter durchschnittlich 4.012 Hrywnja (156 Euro nach dem Wechselkurs im Oktober 2015).

Laut offizieller Statistik bezogen die städtischen Haushalte im ersten Quartal 2015 im Durchschnitt ein monatliches Einkommen von 2.297 Hrywnja (etwa 89 Euro) pro Kopf. Ländlichen Familien standen im Durchschnitt 2.059 Hrywnja (80 Euro) im Monat pro Person zur Verfügung. Die ohnehin kargen Renten, der Mindestlohn und das Existenzminimum wurden Ende 2013 eingefroren und bis September 2015 nicht erhöht. Das neue offizielle Existenzminimum von 1.330 Hrywnja (umgerechnet 54 Euro) – vor September 2015 waren es noch 1.176 Hrywnja (umgerechnet 49 Euro) – entspricht nicht den realen Lebenskosten im Land. In einer im Jahr 2015 durchgeführten Umfrage des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften wurde untersucht, welches Einkommen pro Kopf das Existenzminimum nach Meinung der Befragten sichern würde. Das angegebene Medianeinkommen betrug 3.000 Hrywnja, was das offizielle Existenzminimum um mehr als das Zweifache übersteigt.

Dennoch bezieht jede zehnte Person in der Ukraine ein Einkommen, das unterhalb des offiziellen Existenzminimums liegt.

Die Durchschnittsrente lag Anfang 2015 bei 1.536 Hrywnja (79 Euro) pro Monat. Aufgrund der niedrigen Renten ist eine Fortsetzung der Arbeit unter Rentnern verbreitet. Seit April 2015 wird diese Gruppe zusätzlich belastet: Einem neuen vorübergehenden Gesetz zufolge wird arbeitenden Rentnern die Rente um 15 Prozent gekürzt.

Auch wenn man das Ausmaß der Schattenwirtschaft – die laut Expertenmeinungen etwa 50 Prozent der Wirtschaft erreicht – in Betracht zieht, reichen die Einkommen der breiten Bevölkerungsschichten kaum zum Überleben. Niedrige Einkommen stellen ein großes Problem für das ganze Land dar, wobei die Situation in der Hauptstadt Kiew etwas besser als an anderen Orten der Ukraine ist.

Ferner wird die finanzielle Situation zahlreicher Haushalte durch die steigenden Lohnzahlungsrückstände erschwert. In vielen Organisationen und Unternehmen erhalten die Arbeiter mehrere Monate überhaupt keine Arbeitsentlohnung oder nur einen Teil des festgelegten Lohnes. Laut Informationen des Statistikamtes ist im Laufe von 2014 der Lohnrückstand auf fast das Fünffache gestiegen. Diese Zahl berücksichtigt keine inoffiziellen Zahlungsrückstände. Generell lässt sich aber feststellen, dass Arbeitnehmer, die ihr Gehalt oder Teile des Gehaltes inoffiziell (»im Umschlag«) erhalten, besonders ungesichert und in Bezug auf die Nichtauszahlung des Lohnrückstands gefährdet sind. Laut einer Umfrage des Instituts für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften im Jahr 2015 gaben 15,5 Prozent der Bevölkerung an, dass sie oder ihre Familienangehörigen im Laufe des Jahres mit nicht oder nur teilweise ausgezahlten Löhnen (bzw. Renten, Sozialhilfe) zu tun hatten (s. Grafik 2 auf S. 6). Im regionalen Durchschnitt sind die Lohnzahlungsrückstände im Osten des Landes am höchsten, vor allem in den vom Konflikt mit Russland betroffenen Gebieten Donezk und Luhansk.

Ausgaben

Laut Umfragen gehören Preissteigerung, Arbeitslosigkeit und Lohn- bzw. Rentenzahlungsverzüge zu den drei am häufigsten erwähnten Befürchtungen der Ukrainer. Die genannten Probleme spiegeln durchaus die Realität der heutigen Lage im Land wider. Seit Beginn des Konflikts mit Russland sind die Preise in der Ukraine enorm gestiegen (s. Grafik 3 auf S. 6). In den letzten zwei Jahren verlor die Hrywnja massiv an Wert. Der Höhepunkt wurde im Frühling 2015 erreicht, als die Inflationsrate im Vergleich zum Ende des Vorjahres 60,9 Prozent erreichte. Die Abwertung der Landeswäh-

rung hat vor allem die Importprodukte für viele ukrainische Käufer unerschwinglich gemacht. Dies betrifft nicht nur große Käufe wie Autos oder Elektrotechnik, sondern mittlerweile auch importierte Schuhe, Bekleidung und Lebensmittel, die für viele Familien zu teuer geworden sind. Auch die im Land produzierten Güter sind generell wesentlich teurer geworden.

Laut Angaben des Statistikamtes sind im Jahr 2014 die Preise für Lebensmittel und alkoholfreie Getränke in der Ukraine etwa um 25 Prozent gestiegen. 2015 setzte sich dieser Trend nicht nur weiter fort, sondern beschleunigte sich auch, was in einer weiteren Erhöhung der Lebensmittelpreise um 34 Prozent resultierte. Die Preise für Brotwaren, Fisch und Obst sind am stärksten gestiegen. Umfragedaten weisen darauf hin, dass die Menschen ihren Konsum entsprechend verringern: Es werden insgesamt weniger Obst, Fleisch, Fisch, Eier, Zucker, Milchprodukte und andere Lebensmittel konsumiert, wobei der Konsum der zwei Basisprodukte – Brot und Kartoffeln – relativ unverändert bleibt. Etwa einem Drittel der Bevölkerung fehlt die Möglichkeit, notwendige Nahrungsmittel zu kaufen; jeder zweite Ukrainer kann sich nicht seinen Präferenzen entsprechend ernähren. Dabei können sich Familien mit Kindern insgesamt weitaus weniger Lebensmittel pro Person leisten als Familien ohne Kinder.

Verschiedene Bevölkerungsgruppen sind unterschiedlich von der Krise betroffen. Besonders hohem Druck sind diejenigen ausgesetzt, die mit gravierenden Gesundheitsproblemen zu kämpfen haben, da hohe Medizinkosten Familien mit Durchschnittseinkommen in eine Notlage bringen können. In den letzten zwei Jahren sind die Preise im Bereich der Medizinversorgung – der allgemeinen Tendenz entsprechend – stark gestiegen (über 30 Prozent), was vor allem den Preisen für Medikamente geschuldet ist.

Die Budgets der Familien wurden zusätzlich durch die rasante Erhöhung der Kommuntarife in den Jahren 2014 und 2015 belastet (s. Ukraine-Analysen Nr. 153). Als Ergebnis haben sich die Wohnkosten fast verdoppelt. Die größte Veränderung betraf die Gaspreise, die mehr als verdreifacht wurden. Elektroenergie, Wasserversorgung, Heizung und Abwasser verteuerten sich um etwa 50 bis 70 Prozent. Angesichts des strategischen Plans der Regierung, die Gaspreise für private Haushalte bis zur Erreichung des Marktniveaus zu erhöhen, werden die Energiepreise bis 2017 noch weiter steigen. Der Erfolg auf dem Weg zur Energieunabhängigkeit der Ukraine hängt jedoch maßgeblich von der Wirtschaftsentwicklung ab: Eine weitere Tarifierhöhung wird nur dann ohne schwerwiegende soziale Spannungen realisierbar sein, wenn es zu einer Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Bevölkerung kommt.

Anpassungsstrategien

Nach wie vor sind Familien- und Freundschaftsnetzwerke in der Ukraine eine bedeutende Quelle ökonomischer Stabilität und sozialen Zusammenhalts. Vor dem Hintergrund der schwachen politischen Institutionen, die ein sehr geringes Vertrauen seitens der Bevölkerung genießen, spielen die informellen Beziehungen in den postsowjetischen Ländern eine zentrale Rolle im Alltagsleben der Menschen. Gut bekannt sind die Forschungsstudien zur Vermittlung von Arbeitsstellen durch informelle Kanäle. Die letzteren spielen in der gegenwärtigen Ukraine oft eine wichtigere Rolle bei der Jobsuche als die Leistungen des Arbeitsamtes. In Zeiten der Wirtschaftskrise steigt die Bedeutung der persönlichen Netzwerke, weil sie eine Sicherungsfunktion übernehmen, die vom Staat nicht gewährleistet werden kann.

Ukrainer, die den Rückgang ihrer Einkünfte immer stärker spüren, verlassen sich zunehmend auf ihr Sozialkapital. Die Nutzung der informellen Beziehungen spiegelt sich unter anderem im gegenseitigen Austausch von Gütern und Dienstleistungen als Teil einer Sparstrategie wider. So erhalten beispielsweise junge Mütter gebrauchte Kindersachen von Freunden und Bekannten, die ältere Kinder haben, um Ausgaben für Kinderbekleidung zu reduzieren. Zu weitverbreiteten Praktiken gehört auch qualifizierte kostenlose oder -günstige Hilfe wie etwa die Reparatur von Elektrogeräten, Friseurdiensten, Nachhilfeunterricht u. Ä.

Die subsistenzwirtschaftliche Nutzung der Datschen ist ein weiteres zentrales und erprobtes Element der Anpassungsstrategien der Menschen. Viele Ukrainer sind auf Lebensmittel (Kartoffeln, Kohl, rote Beete, Gurken, Äpfel usw.) aus eigenem Anbau angewiesen, wobei die Stadtbewohner inzwischen öfter mit der Hilfe von Verwandten vom Lande rechnen, während bei den letzteren die Subsistenzwirtschaft zuweilen eine unverzichtbare zusätzliche Einkommensquelle und die Haupternährungsquelle darstellt.

Das Sparverhalten im Bereich Lebensmittelkonsum hat sich auf die Gewohnheiten der Bürger ausgewirkt: Zum einen sind die Restaurantbesuche in den letzten zwei Jahren wesentlich zurückgegangen, weil Menschen vorzugsweise zu Hause essen. Zum anderen steigen viele Familien auf günstigere Produkte – meist von einer niedrigeren Qualität – um. In qualitativen Interviews geben die Befragten zu, dass sie derzeit viel mehr auf Werbeaktionen und Rabatte achten, um Lebensmittel zu günstigeren Preisen zu kaufen. Manche Familien suchen gezielt nach Lebensmitteln, deren Haltbarkeitsdatum am nächsten Tag abläuft, da diese wesentlich günstiger verkauft werden. Gleichzeitig ist eine allgemeine Tendenz zur Ersetzung der Importprodukte durch in der Ukraine produzierte Güter zu beobachten.

Schrumpfende Mittelschicht

Wachsender Wohlstand und seine gleichmäßige Verteilung bilden eine Kernaufgabe der Politik in den gegenwärtigen Industrieländern. Es gilt, dass eine breite Mittelschicht eine Basisstütze der modernen Demokratie und eine Triebkraft eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums darstellt. Die Steuerabgaben einer höheren Anzahl gut verdienender Bürger sichern außerdem die Finanzierung der staatlichen Sozialsysteme und tragen somit zur Armutsbekämpfung bei.

Es gibt unterschiedliche Definitionen der Mittelschicht. Der klassische Ansatz berücksichtigt die Größe des frei verfügbaren Einkommens sowie das Konsummuster der Menschen. Diesem Ansatz zufolge erlaubt das Einkommen der Mittelschicht – im Gegensatz zu dem ärmerer Bevölkerungsgruppen – einen höheren Konsum als für das »bloße Überleben« notwendig ist.

Laut Umfrageergebnissen aus dem Jahr 2015 (s. Grafik 4 auf S. 7) leben weniger als ein halbes Prozent der Familien in der Ukraine im Wohlstand. 12,9 Prozent der Befragten geben an, dass ihr Haushalt ein Einkommen bestreitet, das mehr als nur die Basisbedürfnisse zu decken ermöglicht, und weitere 2,7 Prozent haben zusätzlich noch die Möglichkeit, Ersparnisse zu bilden. Gemeinsam machen diese letzten zwei Gruppen 15,6 Prozent der Bevölkerung aus und können als die gegenwärtige ukrainische Mittelschicht betrachtet werden. Im Zuge des Wirtschaftswachstums in den 2000er Jahren erreichte die Mittelschicht in der Ukraine 24,5 Prozent (2008) – also ein Viertel der Bevölkerung; nach der globalen Finanzkrise schrumpfte sie auf 19,3 Prozent (2010). Die aktuellen Tendenzen in der ukrainischen Wirtschaft deuten auf einen weiteren Rückgang der Mittelschicht hin. Dies birgt ein erhöhtes Risiko der Verlangsamung der Wirtschaftsreformen sowie der Demokratisierungsprozesse im Land.

Fazit

Die Folgen der wirtschaftlichen Krise machen sich bei den ukrainischen Bürgern zunehmend bemerkbar. Eine rasante Abwertung der Nationalwährung, der Rückgang der industriellen Produktion und die Erhöhung der Energiepreise führten zum Anstieg der Lebenshaltungskosten. Im Vordergrund bleibt das Problem des niedrigen Einkommens, das schon vor der Krise existierte und die Familien hinderte, sich einen finanziellen Puffer für die Zukunft zuzulegen. Unter den jetzigen Umständen ist die Bevölkerung gezwungen, in vielerlei Hinsicht zu sparen, bei Lebensmitteln, Gebrauchsgütern und Dienstleistungen.

Die Schatteneinkommen, mit denen viele Ukrainer ihre wirtschaftliche Situation in den letzten Jahrzehnten aufbessern konnten, stellen sich in Zeiten der Krise

als besonders ungesichert heraus. Die Bekämpfung der Schattenwirtschaft durch den Staat birgt Konfliktpotenzial, weil die Offenlegung der Nebeneinkünfte nicht selten ebenfalls ihre Kürzung bedeutet.

Im Alltag verlassen sich die Menschen immer mehr auf die altbekannten Krisenbewältigungsstrategien – informelle Beziehungen im Familien- und Bekanntenkreis, Subsistenzwirtschaft und Substitution der teuren Importwaren durch günstigere im Land produzierte Produkte.

Über die Autorin:

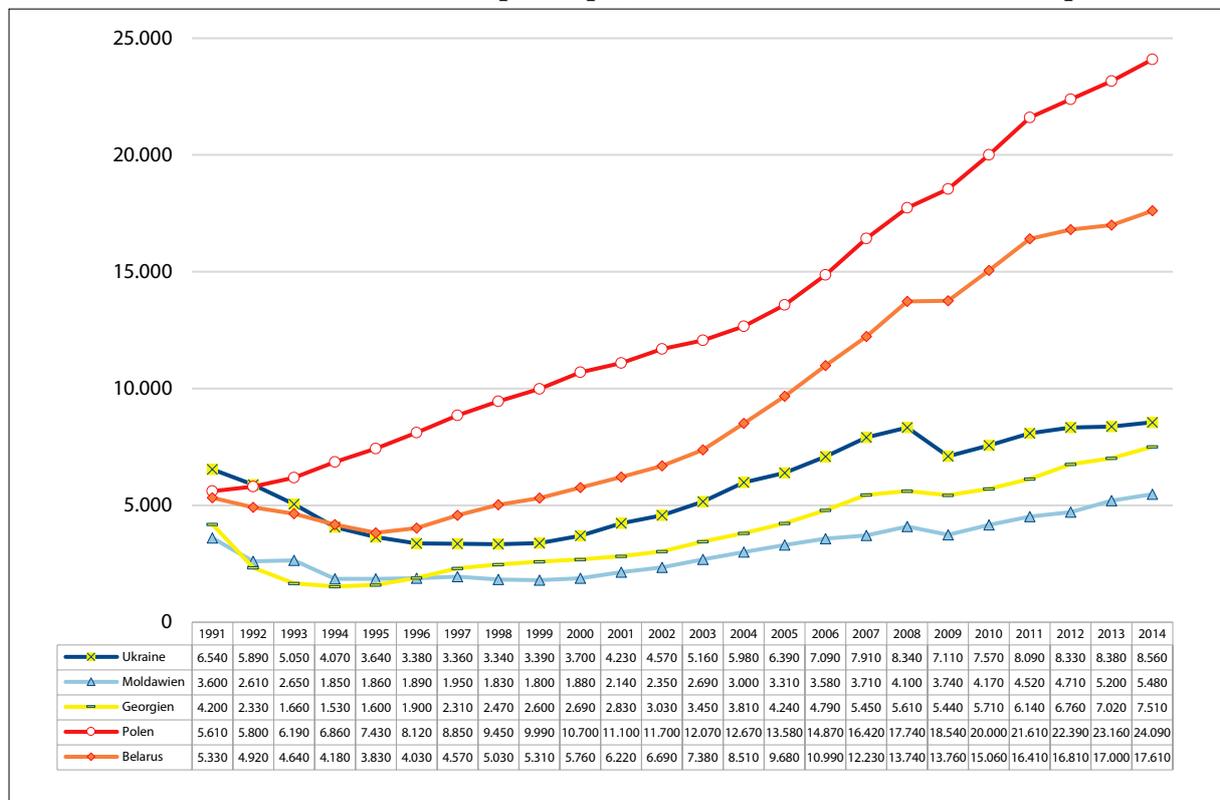
Dr. Kseniia Gatskova ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Regensburg. Schwerpunkte ihrer Forschung sind postsowjetische Transformation, soziale Ungleichheit, Migration und Zivilgesellschaft. <<http://www.ios-regensburg.de/personen/mitarbeiterinnen/kseniia-gatskova.html>>

Die Schrumpfung der Mittelschicht, die generell als eine Triebkraft der Modernisierungs- und Demokratisierungsprozesse angesehen wird, stellt die Stabilität der zukünftigen politischen Verhältnisse vor ernsthafte Herausforderungen. Vor dem Hintergrund schleppender Reformen kann ein weiteres Absinken des Lebensstandards zu sozialen Spannungen im Land führen.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

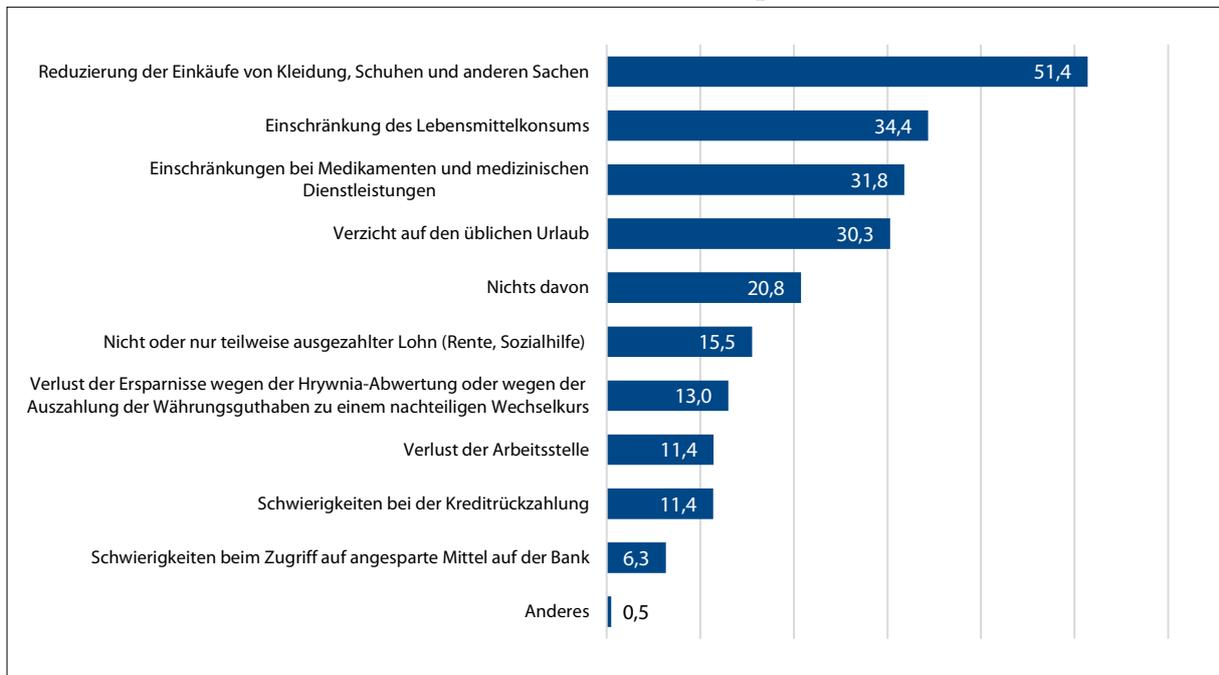
Objektive Indikatoren für und subjektive Wahrnehmungen von Wohlstand

Grafik 1: Bruttonationaleinkommen pro Kopf (internationale Dollar in Kaufkraftparität)



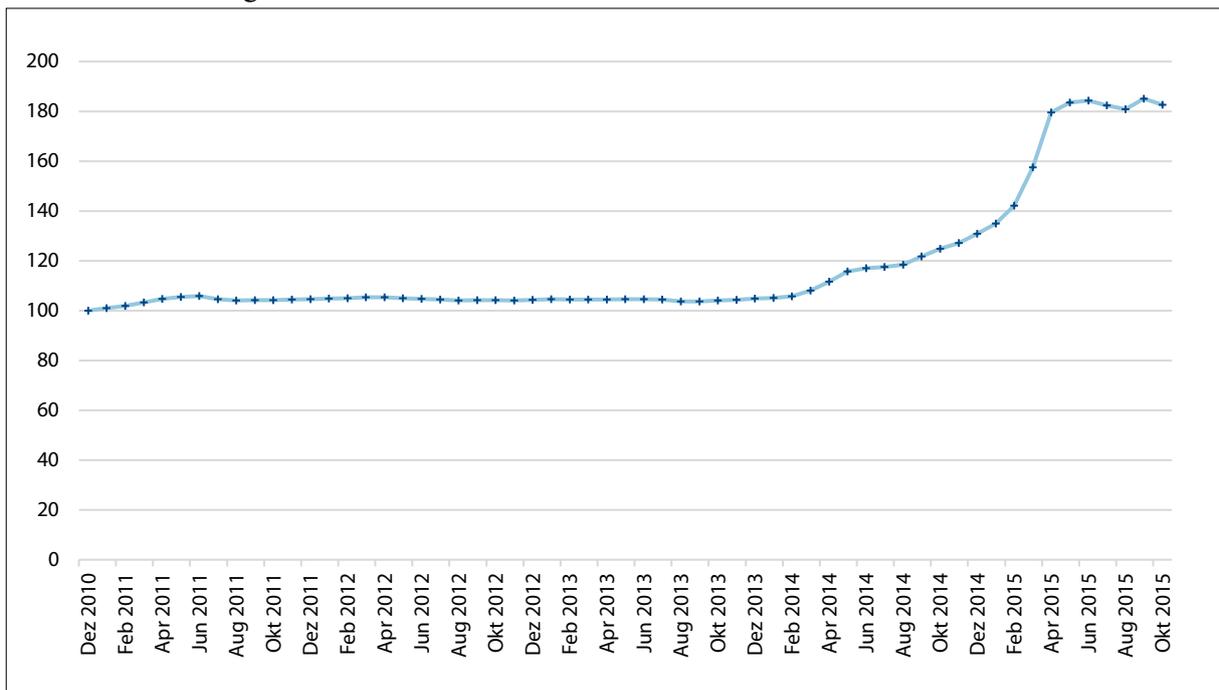
Quelle: World Development Indicators, Weltbank. Zusammengestellt von Dr. Kseniia Gatskova.

Grafik 2: Womit wurden Sie oder Ihre Familienmitglieder im letzten Jahr konfrontiert?
(Markieren Sie bitte alle zutreffenden Antwortoptionen)



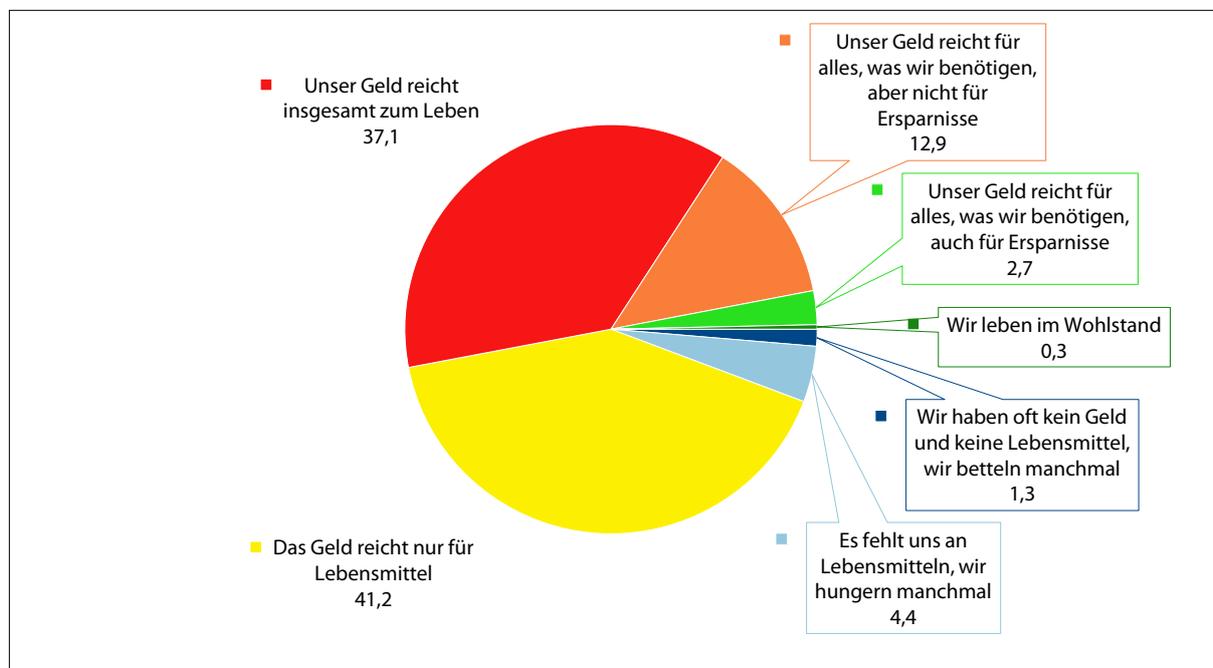
Quelle: Umfrage »Öffentliche Meinung in der Ukraine – 2015« (Sommer 2015, N=1802), Institut für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine. Zusammengestellt von Dr. Kseniia Gatskova.

Grafik 3: Konsumentenpreisindex von Dezember 2010 bis Oktober 2015
(im Vergleich zum Dezember 2010).



Quelle: Statistikamt der Ukraine. Zusammengestellt von Dr. Kseniia Gatskova.

Grafik 4: Subjektiver Wohlstand der Haushalte in den letzten zwei bis drei Monaten (Sommer 2015)



Quelle: Umfrage »Öffentliche Meinung in der Ukraine – 2015« (Sommer 2015, N=1802), Institut für Soziologie der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine. Zusammengestellt von Dr. Kseniia Gatskova.

ANALYSE

Äußerst verhaltener Wirtschaftsausblick zwei Jahre nach dem Maidan

Von Gunter Deuber und Andreas Schwabe, Wien

Zusammenfassung

In Bezug auf die Wirtschaftsentwicklung in der Ukraine sind derzeit einige positive, aber auch weiterhin negative Trends zu beobachten. Einerseits stabilisiert sich die Realwirtschaft nach einem heftigen Einbruch zögerlich, andererseits deuten andere Indikatoren und Entwicklungen weiter auf eine ernstliche Fragilität hin. Insofern wird es entscheidend sein, ob 2016 eine nachhaltigere ökonomische Stabilisierung gelingt oder nicht. Derzeit ist es noch zu früh, um von einem eindeutigen Umschwung zu sprechen. Extreme Einkommensrückgänge bzw. eine sehr hohe Schuldenlast im öffentlichen und privaten Sektor, Strukturschwächen, Reformblockaden und Ereignisrisiken lasten weiterhin auf der Ukraine. In einigen Bereichen gibt es sogar eine Fortführung alter Muster (etwa in der Währungspolitik oder bei der Reformierung des intransparenten Bankensektors).

Schwierige Ausgangslage

Um die wirtschaftlichen Herausforderungen der heutigen Ukraine verstehen zu können, ist ein Blick in die Vergangenheit unumgänglich. Bereits in den Jahren vor dem »Euromaidan-Winter« 2013/14 war die Ukraine

von massiven außenwirtschaftlichen Ungleichgewichten bzw. einer ernstlichen Fragilität geprägt. Zudem befand sich das Land schon 2012 und 2013 in einer Stagnation. Gedämpfte Stahlpreise drückten die Exportgewinne, während die fixe Anbindung der überbewerteten

Hrywnja an den US-Dollar den Güterimport begünstigte. Hiervon profitierte auch die Bevölkerung unmittelbar über eine positive nominale Lohnentwicklung, während die ausgewiesene Inflation (wohl nicht ohne Nachhelfen der Regierung) nahe der Nulllinie verharrte. Die durchschnittlichen monatlichen Bruttolöhne verdoppelten sich von 2009 bis 2013 auf (umgerechnet) fast 400 US-Dollar (s. Grafik 9 auf S. 18). Gleichzeitig trugen stark subventionierte Endverbraucher-Energiepreise zu einem überbordenden Haushalts- und Leistungsbilanzdefizit bei.

Das Staatsdefizit inklusive des Energieversorgers Naftogaz stieg auf über zehn Prozent des BIP, Staatsausgaben und -einnahmen in Relation zum BIP stiegen auf dem Niveau eines entwickelten Industrielandes. Die Zentralbank war zum Erhalt des Hrywnja-Festkurses zu fortlaufenden Verkäufen der Währungsreserven gezwungen, was bereits 2012/2013 die Sorge um eine Währungskrise nährte.

Diese gesamtwirtschaftliche Lage war nicht nachhaltig. Um den Status quo aufrechtzuerhalten, musste sich die Ukraine international verschulden. Eine Abkehr von der Wechselkursbindung oder Strukturreformen wurden indes nicht ins Auge gefasst – teils da der Status quo der Elite hohe Gewinne garantierte, teils da Präsident Wiktor Janukowytsch vor einer Währungsabwertung und schmerzhaften Strukturreformen zurückschreckte. Die Annahme eines russischen Hilfspaketes über 15 Milliarden US-Dollar und eine erste Kredittranche über drei Milliarden US-Dollar im Dezember 2013 bei gleichzeitiger Ablehnung des EU-Assoziierungsabkommens waren sozusagen die Endpunkte einer komplett gescheiterten Wirtschaftspolitik, die das Entstehen des »Euromaidans« begünstigte.

Erste Stabilisierungsversuche scheiterten, realwirtschaftliche und makrofinanzielle Erholung seit Frühjahr 2015

Die auf den »Euromaidan« folgende Übergangsregierung unter dem auch derzeit amtierenden Premier Arsenij Jazenjuk war schon aufgrund der zuvor skizzierten Versäumnisse mit massiven ökonomischen Herausforderungen konfrontiert. Nicht umsonst stellte Jazenjuk sein Kabinett als »Kamikazetruppe« vor, die überfällige und schmerzhaft Reformen bzw. eine wirtschaftlich-institutionelle Tiefentransformation anpacken werde.

Angesichts des propagierten Reformwillens war der Internationale Währungsfonds (IWF) rasch bereit, mit einem Kreditpaket zu unterstützen. Die Krimkrise und der anschließende Konflikt in der Ostukraine lenkten allerdings die politische Aufmerksamkeit – in Kiew und auf internationaler Ebene – von den massiven wirtschaftlichen Transformationsherausforderungen

ab, zumal sich die Wirtschafts- und Finanzsituation im Kontext der sicherheitspolitischen Eskalation rapide und dramatisch verschlechterte. Der militärische Konflikt in der Ostukraine verschärfte damit die sowieso nötige Anpassungsrezession, welche gemäß heutigem Stand fast zwei Jahre andauert und beinahe ein Fünftel der Wirtschaftsleistung gekostet hat.

Die Aufgabe der Hrywnja-Festkursanbindung bzw. die zeitweise Einstellung von Stützungskäufen führte unter den skizzierten ökonomischen und sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen zu einer mehrere Monate andauernden Abwertungs Spirale bzw. letztendlich zum Verlust fast aller Währungsreserven. Der Hrywnja-Verfall konnte erst im Frühjahr 2015 bei einem Wertverlust von zwei Dritteln (gegenüber dem US-Dollar) und umfassenden Devisenmarktbeschränkungen gestoppt werden. Zudem kamen schon 2014 erste Überlegungen auf, ob die Regierung den Konflikt in der Ostukraine nicht zunehmend als Ausrede für stockende oder verschobene (Wirtschafts-)Reformen nutzen würde. Ökonomisch und im Hinblick auf wirtschaftspolitische Neuordnungen war 2014 ein verlorenes Jahr.

Seit dem Frühjahr 2015 zeichnet sich eine zögerliche gesamtwirtschaftliche Stabilisierung ab (s. Grafik 10 auf S. 18). Ab März kamen die Rückgänge von Industrieproduktion und Einzelhandelsumsätzen zum Erliegen. Der administrativ stabilisierte Wechselkurs ließ die Inflation (abgesehen von Sondereffekten wie Energiepreiserhöhungen) zurückgehen. Das zweite Quartal 2015 wies nur noch einen kleinen Rückgang des Bruttoinlandsproduktes auf, das dritte zeigte – bei einer Beruhigung der Konfliktlage in der Ostukraine – bereits ein bescheidenes BIP-Wachstum außerhalb der von den Rebellen kontrollierten Gebiete und der Krim.

Angesichts der sinkenden Inflation sowie der eingefrorenen Währung konnte die Notenbank der Ukraine den exzessiv hohen Leitzins von 30 % im Jahresverlauf ein wenig absenken – auf 22 %. Trotz heftigem Exportrückgang hat das Handelsbilanzdefizit mit der Rezession und damit noch drastischer fallenden Importen deutlich abgenommen und die Leistungsbilanz ist derzeit ausgeglichen. Diese Anpassung stabilisiert die außenwirtschaftliche Position der Ukraine, da sich die externen (Re-)Finanzierungserfordernisse reduzieren.

Im Jahresverlauf 2015 machte der IWF zudem einen neuen Anlauf zur Flankierung der nun anstehenden Transformation in der Ukraine und verkündete ein erneuertes und umfassendes Kreditprogramm mit vierjähriger Laufzeit (was also deutlich über eine kurzfristige makroökonomische Stabilisierung hinausgeht), dessen (Vorab-)Auflagen die Regierung zu ersten Reformschritten zwangen. Die Währungsreserven konnten durch die Kredittranchen des IWF und weitere

bilaterale Unterstützung für die Regierung bzw. Notenbank (etwa aus den USA, China, Kanada, Deutschland, Japan oder Schweden) wieder aufgefüllt werden. Der Regierung gelang nach äußerst zähen Verhandlungen zudem die Restrukturierung von 15 Milliarden US-Dollar an Auslandsschulden, welche neben einer moderaten Kürzung der nominellen Schuldenlast vor allem eine signifikante Atempause bei den Tilgungen (zu leisten in knapper Fremdwährung) in den nächsten drei bis vier Jahren brachte.

Letzteres ist für das Vertrauen in die makrofinanzielle Stabilität sehr wichtig. Positiv ist auch, dass der zentrale Staatshaushalt (d. h. ohne Regionen und Naftogaz) in den ersten drei Quartalen des Jahres 2015 einen Überschuss aufwies (auch wenn saisonal mit einer Verschlechterung der Haushaltslage zu rechnen ist). Im Vergleich zum Vorjahr fällt die wirtschaftliche bzw. wirtschaftspolitische Bilanz für 2015 deutlich positiver aus. Trotz einiger positiver Trends ist aber auch zu betonen, dass sich die Wirtschaft derzeit nur auf einem sehr niedrigen Niveau stabilisiert. Die Abwertung und die hohe Inflation haben zu deutlichen Reallohnseinbußen geführt, der umgerechnete durchschnittliche Monatslohn liegt unter 200 US-Dollar im Vergleich zu 400 US-Dollar in 2013 (s. Grafik 9 auf S. 18).

Wirtschaftsausblick 2016

Unser Wirtschaftsausblick für 2016 ist sehr zurückhaltend. Wir erwarten ein bescheidenes BIP-Wachstum von ein bis zwei Prozent pro Jahr (s. Grafik 1 auf S. 14). Diese Rückkehr zum Wirtschaftswachstum basiert vor allem auf dem niedrigen Ausgangsniveau und der Annahme, dass es nicht zu neuerlichen negativen Schocks kommt. Normalerweise wäre nach so einem heftigen BIP-Rückgang und einer so drastischen Währungsabwertung wie in der Ukraine mit einem stärkeren »BIP-Rückprall« bzw. einem höheren BIP-Wachstum zu rechnen. Für einen starken und nachhaltigen Wachstumsimpuls sehen wir derzeit aber keine fundamentale Basis. Die Schätzungen des IWF, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) und der Ukrainischen Nationalbank für das 2016er BIP-Wachstum liegen im Bereich zwischen zwei und 2,4 Prozent pro Jahr, der mittlere

Tabelle 1: BIP-Wachstumsprognosen (% gg. Vorjahr)

	2015	2016
EBWE	-11,5	2
IWF	-9	2
Konsens*	-11,2	1,2

* Konsens von 19 heimischen/ausländischen Banken und Wirtschaftsforschungsinstituten

Quelle: Consensus Economics, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Erwartungswert aus Schätzungen von in- und ausländischen Bankökonomern und Wirtschaftsforschungsinstituten liegt nur bei 1,2 %. Dieser sehr verhaltene Ausblick spiegelt die zahlreichen und im Folgenden dargestellten Herausforderungen wider.

- **Wir gehen maximal von graduellen Fortschritten bei der politischen Lösung durch ein »Einfrieren« des Konflikts in der Ostukraine aus.** Beim letzten Treffen im Normandie-Format wurde der Minsk-II-Prozess bis Mitte 2016 verlängert. Doch auch in diesem Zeithorizont scheint dessen vollständige Umsetzung sehr fraglich. Zudem widerspricht die aktuelle sicherheits- und sozialpolitische Lage im Konfliktgebiet eher einer nachhaltigen Beruhigung. Damit bleibt der Konflikt in der Ostukraine ein negativer Faktor sowohl für das heimische Investitions- und Geschäftsklima als auch für das Vertrauen in die Währung – zumal es auch Anzeichen dafür gibt, dass die ukrainische Seite nicht eindeutig an einer Deeskalation im Konfliktgebiet interessiert ist. So agiert die Ukraine etwa in Wirtschaftsfragen im Rahmen der trilateralen OSZE-Kontaktgruppenarbeit nicht immer pragmatisch bzw. blockiert teils Lösungen, die den (sozialen) Alltag im Konfliktgebiet erleichtern könnten. Insofern verdeutlichte die trilaterale OSZE-Kontaktgruppe unlängst, dass sich die humanitär-soziale Lage trotz Kooperationsversuchen derzeit nicht verbessert. Zudem hat sich an der Kontaktlinie eine erhebliche Schattenwirtschaft (z. B. mit Zahlungen fürs Passieren dieser Linie) etabliert, in die auch ukrainische Sicherheitskräfte involviert sind, während die Ukraine an der Wirtschaftsblokade der nicht-kontrollierten Gebiete festhält. Teils fühlen sich hier auch ukrainische Firmen, die sich ordnungsgemäß auf kontrolliertem Gebiet registriert haben und Interessen beiderseits der Kontaktlinie haben, de jure und v. a. de facto diskriminiert.
- **Nach einem guten Start des IWF-Kreditprogramms im März verzögern sich die Auszahlungen wieder zunehmend.** Schon die für Juni geplante zweite Kredittranche wurde erst im August ausgezahlt, für die dritte (für September geplante) Tranche gibt es nach dem jüngsten Besuch einer IWF-Mission noch immer kein grünes Licht auf Arbeitsebene. Stolpersteine sind die geforderte Verabschiedung einer Steuerreform sowie die Erstellung eines mit dem IWF-Programm kompatiblen Staatshaushalts für 2016 (mit einem Defizit von maximal 3,7 % des BIP bzw. 3,9 % inklusive Naftogaz im Gegensatz zu Werten von sieben bis zehn Prozent in 2014 und 2015).

Weitere Hilfszahlungen im Bereich von etwa einer Milliarde US-Dollar hängen an der Auszah-

lung der September- und Dezember-IWF-Tranchen. Aber selbst wenn die derzeit strittige Tranche noch bis Ende 2015 gezahlt werden kann, ist der Fahrplan zur Aufstockung der Währungsreserven nicht mehr haltbar (geplant waren 18 Milliarden US-Dollar zum Jahresende 2015, bei aktuell 13 Milliarden US-Dollar).

Wir gehen derzeit zwar nicht davon aus, dass der IWF sein Hilfsprogramm für die Ukraine vor schnell abbrechen wird; die aktuellen Schwierigkeiten erinnern jedoch stark an die Probleme früherer Programme, die allesamt nach Auszahlung weniger Tranchen eingestellt wurden. Zudem läuft das aktuelle IWF-Programm noch bis 2018 und obgleich man sich über Details und Umfang der Haushaltskonsolidierung streiten kann, ist zu betonen, dass die Fortführung des IWF-Programms von zentraler Bedeutung ist, damit es in der westlichen Staatengemeinschaft weiter Bereitschaft zu bilateraler Hilfe gibt (in den letzten zwölf bis 18 Monaten kamen so immerhin drei bis fünf Milliarden Euro aus verschiedensten EU-Quellen und bilateralen Förderprogrammen zusammen).

- **Weitere auch vom IWF geforderte Reformen kommen vor allem aufgrund von Widerständen des »alten Systems« nur langsam voran.** Ein Beispiel sind die Verzögerungen bei der Etablierung einer wirksamen Behörde zur Korruptionsbekämpfung – nach langem Ringen wurde ein spezielles Korruptionsbüro geschaffen, die Auswahl und Bestellung eines speziellen Staatsanwalts für Korruptionsbekämpfung verzögert sich jedoch zusehends. Trotz aller Lippenbekenntnisse scheint die aktuelle Administration nur ein begrenztes Interesse an einer wirklich unabhängigen Justiz und harter Korruptionsbekämpfung auf hoher Ebene zu haben.

Insgesamt scheint der politische Neuanfang (Eitenwechsel) nach dem Maidan nur partiell gelungen zu sein. Die beiden führenden Politiker des Landes, Präsident und Premier, waren bereits vor dem »Euro-maidan« Teil der politischen und/oder wirtschaftlichen Elite. Bei den Regionalwahlen im Oktober/November 2015 hat die Partei des Präsidenten zwar etwas mehr Abgeordnetensitze errungen, die Partei des Premiers schreckte hingegen aufgrund der äußerst niedrigen Popularität Jazenjuks vor einer Teilnahme zurück. Währenddessen versucht sich die Heldin der Orangen Revolution von 2004, Julia Timoschenko, mit populistischen Botschaften an einem politischen Comeback. Unbelastete Newcomer aus der Zivilgesellschaft scheinen in dem noch immer von oligarchischen Interessen bestimmten Politikgefüge dagegen weiterhin wenig Gewicht zu besitzen.

- **Wegen Sorgen um eine weitere Abwertung rückt der Übergang zu einem flexibleren Wechselkurs in zunehmende Ferne.** Die bereits erfolgte massive Hrywnja-Abwertung der letzten Jahre sollte an sich einen gewissen Puffer gegen weiteren Abwertungsdruck schaffen. Dennoch gab es in den letzten Monaten immer wieder Phasen mit erneutem Druck auf die Hrywnja. Die Währung kann derzeit nur durch drastische Maßnahmen der Devisenbewirtschaftung bzw. substanzielle Restriktionen beim Kapitalverkehr sowie einem Zwang zum Verkauf von Fremdwährungseinnahmen bei Exporteuren stabil gehalten werden.

Mittelfristig sollen diese Restriktionen abgebaut werden; bis dato wurden nur weniger massive Restriktionen im Devisenbereich für Privatpersonen partiell abgebaut. Im derzeitigen Umfeld und angesichts des insgesamt herausfordernden Wirtschaftsausblicks rückt aber der komplette Abbau der Devisenbewirtschaftung, v. a. aus Sorge um eine erneute Abwertung angesichts von aufgestautem Umtauschbedarf, in immer weitere Ferne. Insofern scheint es so, als gäbe es in diesem wirtschaftspolitischen Bereich (wenn auch nicht ganz freiwillig) ein gewisses Zurück zu alten Mustern.

Vermeintliche Stabilität könnte wieder mit einem nicht nachhaltigen Festkurssystem – auch gegenüber der Bevölkerung – vorgegaukelt werden (was dann immer wieder größere Abwertungswellen implizieren würde). Insofern passt es ins Bild, wenn zunehmend auch reformorientierte Stimmen aus dem Umfeld der Notenbank betonen, dass man sich mit einer Neuorientierung in der Wechselkurspolitik wohl länger Zeit lassen wird. Letztendlich zeigt die Währungsthematik, dass sich auch im wirtschaftspolitischen Bereich der Neuanfang schwierig gestaltet.

- **Der Verschuldungsgrad (Staats- und Außenschuld) ist hoch und steigt weiter.** Kurzfristig sind unmittelbare Zahlungsschwierigkeiten der Ukraine in Bezug auf die Staats- und Auslandsschulden, also in den kommenden zwei bis drei Jahren, angesichts der jüngsten Umschuldung bzw. Schuldenstreckung unwahrscheinlich. Vorerst hat die Umschuldung von staatlichen und privaten Auslandsschulden (im Rahmen des IWF-Pakets) finanziellen Spielraum geschaffen. Die für 2015 bis 2023 anstehende Rückzahlung von erheblichen Summen an Auslandsschulden wurde durch die Umschuldung im Herbst auf die Jahre 2019 bis 2027 verschoben.

Allerdings waren die Details der Umschuldung eher gläubigerfreundlich (etwa musste bei Fremdwährungsstaatsanleihen »nur« ein Forderungsverzicht von 20 % geleistet werden, während die Zins-

last der international begebenen Staatsanleihen sogar leicht heraufgesetzt wurde). Die eher marktfreundliche Umschuldung lässt sich damit erklären, dass sich die Ukraine gemäß Annahmen des aktuellen IWF-Programms in den nächsten Jahren wieder mit erheblichen Summen international am Markt finanzieren muss. In den Jahren 2017 bis 2020 soll sie gemäß Planungen im IWF-Programm bereits sieben Milliarden US-Dollar am internationalen Kapitalmarkt aufnehmen. Diese nach einer Umschuldung recht schnell geforderte Rückkehr an den Kapitalmarkt drückt auch die weiterhin limitierte Bereitschaft zur größer angelegten finanziellen Stützung in der westlichen Staatengemeinschaft aus.

Angesichts der gläubigerfreundlichen Umschuldung lastet auf der Ukraine weiter eine hohe Staatsschuld bzw. ein hoher externer Schuldenstand. Unter Einrechnung bereits geflossener IWF-Gelder, weiterer bilateraler Unterstützung und der Aussicht, dass weiterhin Risiken für die Staatsfinanzen bestehen (etwa im Bankensektor), können sich die Staatsschulden schon 2016 oder 2017 etwa 90 bis 100 % des BIP annähern (s. Grafik 3 auf S. 15).

Im Kontext der bereits hohen Staatsschulden und Konsolidierungserfordernisse sind auch die für Westeuropäer eher befremdlichen Äußerungen ukrainischer Politiker zu verstehen, die EU könne zur Finanzierung höherer Gehälter für Staatsbedienstete beitragen. Die Auslandsschulden der Ukraine (inklusive des privaten Sektors) liegen sogar noch höher als die reine Staatsschuld – bei knapp 150 % des BIP (s. Grafik 4 auf S. 15). Plakativ gesprochen liegt die Summe aus Staatsschulden und privaten Krediten auf einem leicht höheren Niveau als in Deutschland (s. Grafik 8 auf S. 17), obwohl die Schuldentragfähigkeit etwas mit den Einkommensniveaus zu tun hat. Die Auslandsschulden sollten selbst unter optimistischen Annahmen (wie im IWF-Programm) nur sehr langfristig auf etwa 100 % des BIP sinken. Auch wenn der IWF längerfristig ein Absinken der Staats- und Auslandsschulden erwartet, sind solche Verschuldungsniveaus nahe oder über kritischen Schwellenwerten nur tragfähig, wenn sich die Ukraine auf einen nachhaltigen makroökonomischen Expansionspfad begibt, der nach einer moderaten Erholung 2016 in nachhaltige BIP-Wachstumsraten von im Schnitt drei bis vier Prozent über dem Wirtschaftszyklus mündet. Nur so kann die Ukraine – bei moderater Neuverschuldung – aus der Überschuldung herauswachsen. Jeder erneute wirtschaftliche Schock – sei es in der Ukraine oder der Weltwirtschaft – wird indes sofort erneute makrofinanzielle Instabilität mit sich bringen.

Insofern ist es auch nicht verwunderlich, dass der IWF bei all seinen Verschuldungsprojektionen eher Abwärtsrisiken sieht. Angesichts der massiven Verschuldung des Landes ist auch nicht auszuschließen, dass in Zukunft mit einem weiteren Forderungszwangsverzicht – auch bei den internationalen Unterstützungsgeldern – für die Ukraine zu rechnen ist. In eine ähnliche Richtung deuten aktuelle Bewertungen durch die internationalen Ratingagenturen. Sie haben die Ukraine-Ländereinschätzung – was so üblich ist – nach der Umschuldung wieder heraufgestuft. Allerdings waren die Heraufstufungen insgesamt moderat und blieben unter den Heraufstufungen in ähnlichen Fällen (nach Umschuldungen), was eine gewisse Skepsis gegenüber der Tragfähigkeit der Staatsschulden und der externen Schuldenlast ausdrückt. Letztendlich liegt die internationale Länderrisikoeinschätzung nur dort, wo sie vor etwa zwölf bis 18 Monaten war.

- **Bei der Bankensektor-Restrukturierung gibt es einige Fortschritte, aber Risiken bestehen weiter.** Angesichts der sehr schwierigen ökonomischen Rahmenbedingungen und einer desaströsen Profitabilität (der Bankensektor leidet derzeit stärker als in der Krise 2008/09) ist die Anzahl der im Land operierenden Banken in den letzten zwölf bis 18 Monaten drastisch gefallen (von fast 200 auf etwa 140 Banken). Diese Konsolidierung ist notwendig, um die Transparenz im Wirtschaftsbereich zu erhöhen, denn viele kleinere und mittelgroße intransparent agierende Banken mit extremen Klumpenrisiken in Bezug auf die selektive (Insider-)Finanzierung (das sogenannte »related party lending«) einzelner Firmen haben über Jahre die ineffektiven und oligarchisch geprägten Wirtschaftsstrukturen der Ukraine aktiv unterstützt. Nun müssen die ukrainischen Banken unter dem Druck der neuen Zentralbankführung Details zu diesen Finanzierungspraktiken bzw. deren Umfang offenlegen. Vor allem wurden nicht nur kleinere Banken geschlossen, sondern auch größere sogenannte Oligarchenbanken.

Allerdings ist auch die Bankensektor-Reformierung ein zweischneidiges Schwert. Teils vermischen sich hier objektive Restrukturierungsagenden mit innenpolitischen Machtspielen; das zeigt sich etwa an der Privatbank, der dem Oligarchen Kolomojskyi gehörenden größten Bank im Land mit 30 % Marktanteil bei den Einlagen. Finanziell und in Bezug auf das Geschäftsmodell hätte man das Kreditinstitut schon länger als Teil der Bankensektor-Restrukturierung sehen müssen. Der Fokus der Behörden auf die Privatbank nahm aber erst zu, als es zu Konflikten zwischen Bankeigentümer und aktuellen

Eliten kam (zuvor wurde das Kreditinstitut durch umfassende Notenbankhilfe unterstützt). Zudem spiegelt die Situation im Bankensektor die allgemein immensen Restrukturierungsanforderungen wider. Denn auch die Privatbank weist Charakteristika einer Oligarchenbank (mit erheblichen Klumpenrisiken) auf. Hier ist aber eine Abwicklung bzw. Schließung nicht einfach möglich, denn solch ein Szenario würde angesichts der bereits angespannten Lage der Staatsfinanzen wieder erhebliche makrofinanzielle Risiken mit sich bringen.

Des Weiteren ist gerade der Bankenmarkt von besonderen Komplexitäten in Bezug auf die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland geprägt. Banken mit russischem Kapital haben eine starke Stellung auf dem lokalen Bankenmarkt (mit einem Marktanteil zwischen 15 und 20 Prozent, unter den zehn größten Banken des Landes sind vier mit russischem Kapital), die wohl eher noch an Bedeutung gewinnen sollte. Auch wurde den Kreditinstituten mit russischem Kapital in den letzten Monaten jederzeit die nötige Rekapitalisierung von ihren Mutterkonzernen bereitgestellt (etwa zwei Milliarden US-Dollar). Perspektivisch stellt sich indes die Frage, ob Banken mit russischem Kapital die richtigen Akteure sind, um eine nachhaltige Umgestaltung der ukrainischen Wirtschaft zu finanzieren. Allerdings tun sich russische Banken in dem derzeit schwierigen Umfeld im Land leichter als westeuropäische.

Westliche Banken ziehen sich hingegen weiterhin eher aus dem Land zurück (die italienische UniCredit möchte ihre Ukrainetochter verkaufen, ggfs. an ein russisches Kreditinstitut) bzw. Auslandsbanken tun sich angesichts der Risiken schwer, weitere Finanzierungen für die Ukraine gegenüber Aktionären bzw. Gläubigern zu rechtfertigen. Bei der Raiffeisen Bank Aval, einer Tochter der österreichischen Raiffeisen Bank International, ist die EBWE daher nun mit einem signifikanten Kapitalanteil (30 %) vertreten und diese Kapitalbeteiligung könnte angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen auf Jahre angelegt sein. Bei der Ukrsibbank, einer Tochter der französischen BNP Paribas, hat die EBWE unlängst ihren Kapitalanteil von 15 auf 40 Prozent aufgestockt.

Insgesamt ist der private Sektor in der Ukraine überschuldet, es sind zu viele Kredite vergeben worden und etwa die Hälfte der Kredite ist notleidend (s. Grafik 6 auf S. 16). Daher kann nicht ausgeschlossen werden, dass 2016 oder 2017 zusätzliche Mittel (von der Ukraine bzw. im Rahmen des IWF-Programms) zur Sanierung oder Abwicklung

von Banken aufgewendet werden müssen. Und angesichts der schwierigen Lage im Bankensektor ist hier wohl mehr aktives Engagement von internationalen Gebern bzw. Förderinstitutionen zur Finanzierung der wirtschaftlichen Erholung notwendig (etwa über die Unterstützung von Mikrokreditprogrammen oder Risikoteilungen mit Geschäftsbanken).

- **Bis dato verläuft die Entwicklung der Exporte eher schleppend bzw. der einseitig gewährte Marktzugang in die EU (seit April 2014) hat bis dato – trotz massiv verbesserter preislicher internationaler Wettbewerbsfähigkeit – keine eindeutigen Wachstumsimpulse für den Außenhandel generiert.** Trotz einiger weniger Erfolgsbeispiele zeigt die Exportentwicklung (trotz Verschiebung der Außenhandelsgewichte durch die tiefe Rezession in Russland sowie Hindernisse im Marktzugang nach Russland), dass der ukrainischen Wirtschaft in der Breite wettbewerbsfähige Produkte für den EU-Binnenmarkt fehlen. Zudem lasten die Negativschlagzeilen in Bezug auf die Landeswährung und den Kapitalverkehr auf dem Willen, sich mit ukrainischen Handelspartnern einzulassen. Des Weiteren sind viele ukrainische Firmen außerhalb der westlichen Landesteile mit den Praktiken und Gepflogenheiten im Wirtschaftsaustausch mit Westeuropa wenig vertraut (etwa im Vergleich zum russischen Markt oder den Bedingungen in anderen Ex-Sowjetrepubliken).

Obwohl nun zum Jahresanfang 2016 die formelle Implementierung des umfassenden Freihandelsabkommens mit der EU ansteht, ist daher Skepsis in Bezug auf die kurzfristigen positiven Wirkungen, etwa in Bezug auf die Handelsumlenkung und v. a. zusätzliche Exporterlösgenerierung, angebracht. Kurzfristig ist sogar eher mit verstärktem Gegenwind im Russlandhandel oder auch mit Belarus zu rechnen. In den letzten Wochen zeigte sich in Bezug auf diesen Faktor auch eine Beunruhigung unter Offiziellen in der Ukraine. Die EU hat allerdings klargemacht, dass sie keine unmittelbare finanzielle Entschädigung für drohende potenzielle Verluste in Betracht zieht. Insofern ist hier mit weiteren kurzfristigen Anpassungskosten auf Seiten der Ukraine zu rechnen, während die potentiellen mittelfristigen Vorteile des EU-Binnenmarktzugangs (bestenfalls) erst viel langfristiger wirken. Zumal ein erhöhter Zufluss von Ausländischen Direktinvestitionen in die Ukraine (wie oftmals bei anderen Ländern mit erschlossenem Zugang zum EU-Binnenmarkt) angesichts der noch sehr fragilen Gesamtlage derzeit nicht realistisch erscheint.

Wirtschaftslage und Politikumfeld bleiben aus Sicht von Auslandsinvestoren fragil

Die gesamtwirtschaftliche Situation der Ukraine ist derzeit von äußerst schwierigen Bedingungen im Land (extrem hohe Inflation, Behinderung des Wirtschaftslebens durch den Konflikt im Ostteil des Landes, erhebliche gesamtwirtschaftliche Umstrukturierung) sowie herausfordernde Umfeldbedingungen (v. a. niedrige Rohstoffpreise, Probleme beim Zugang auf den russischen Markt, keine Expansionswelle europäischer Firmen und Banken wie zu »Hochzeiten« der EU-Osterweiterung vor zehn Jahren) gekennzeichnet. Insofern sind die erheblichen Verluste an Wirtschaftskraft und Kaufkraft nicht überraschend, vor allem nicht für internationale Investoren mit (Krisen-)Erfahrungen in Osteuropa.

Aus internationaler Investorensicht ist es eher beunruhigend, dass die Anzeichen einer extrem schleppenden Reformierung zunehmen und dies obwohl aus politökonomischer Perspektive jetzt klare Reformschritte zu unternehmen wären, denn die schwierige Wirtschaftslage setzt viele traditionell starke Vetoakteure unter Druck. Bei weiter wenig durchgreifender Reformierung ist indes unklar, ob das noch bis Jahresende 2018 laufende IWF-Programm durchgehalten werden kann. Bei zunehmender Unsicherheit in Bezug auf das IWF-Programm wird auch die weitere kontinuierliche Bereitstellung von bilateraler westlicher Finanzhilfe – auch wenn diese sowieso zögerlich verläuft – schwieriger.

Ohne kontinuierliche internationale Unterstützung bzw. den Anker des IWF-Programms wird eine nachhal-

tige wirtschaftliche Gesundung der Ukraine aber kaum möglich sein. Des Weiteren nähren aktuelle Entwicklungen in Bezug auf den Konflikt im Osten der Ukraine und bezüglich der Umschuldung der bilateralen Schulden der Ukraine mit Russland nicht das Verständnis dafür, dass die aktuellen Machthaber angesichts der durchaus fragilen innenpolitischen Lage eindeutig an politischen Kompromisslösungen bzw. einer Deeskalation der Lage interessiert sind.

Noch mehr in den Vordergrund könnten (innen-)politische Risiken in dem nicht unwahrscheinlichen Szenario einer graduell-pragmatischen Annäherung zwischen Russland und der EU rücken (auch im Wirtschaftsbereich); begünstigt wird solch ein Szenario auch durch eine langsam zunehmende Enttäuschung in Westeuropa in Bezug auf die politische Reformierung in der Ukraine. Angesichts der skizzierten Gesamtlage bleibt die Ukraine damit – wie in der Vergangenheit – weiterhin anfällig für Ereignisrisiken. Eine nachhaltige ökonomische Stabilisierung (auch mit Hilfe ausländischer Investoren) bleibt so ein mit hoher Unsicherheit belastetes Unterfangen. Dies gilt v. a. vor dem Hintergrund, dass auch beim Ausbleiben weiterer heftiger militärischer Konfrontation in der Ostukraine der Wirtschaftsbereich oft von (partiellen) Eskalationen im Kontext der ukrainisch-russischen Beziehungen insgesamt geprägt ist (z. B. Überflugrechte, Energieversorgung, Blockade an der Kontaktlinie etc.).

Über die Autoren:

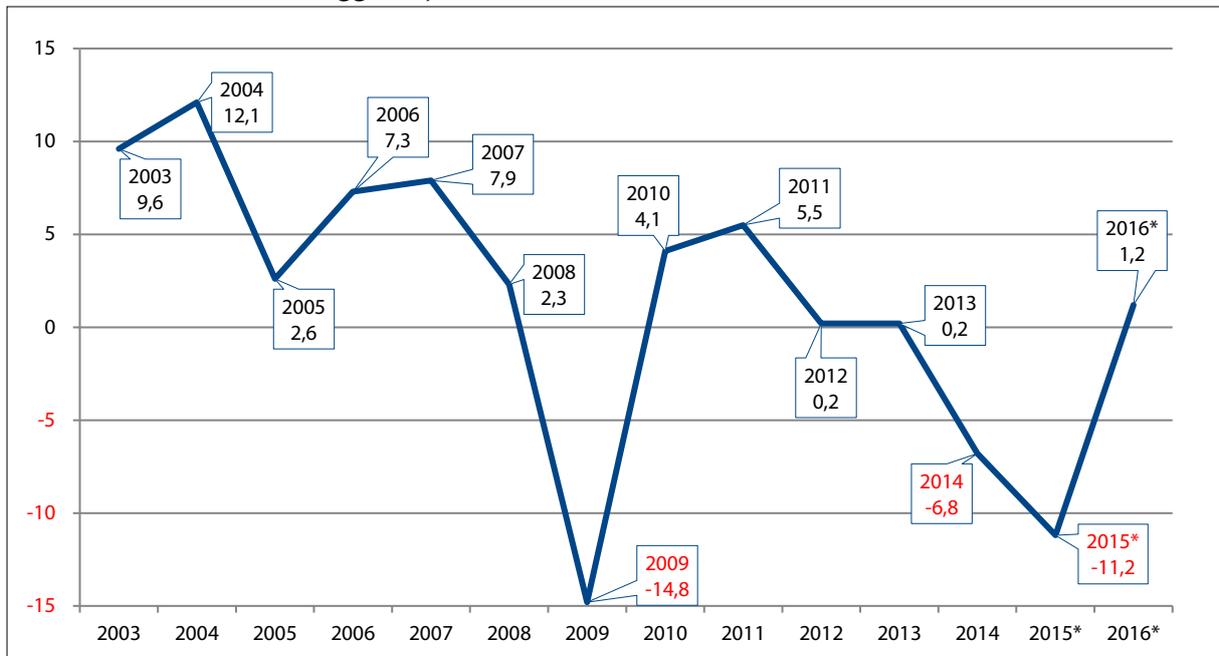
Gunter Deuber leitet die volkswirtschaftliche Osteuropaanalyse bei der Raiffeisen Bank International (RBI), einer der größten in der Ukraine tätigen Auslandsbanken, die in Wien sitzt.

Andreas Schwabe ist Senior Economist in der Osteuropaanalyse der RBI mit einem Fokus auf der Ukraine bzw. der GUS-Region.

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

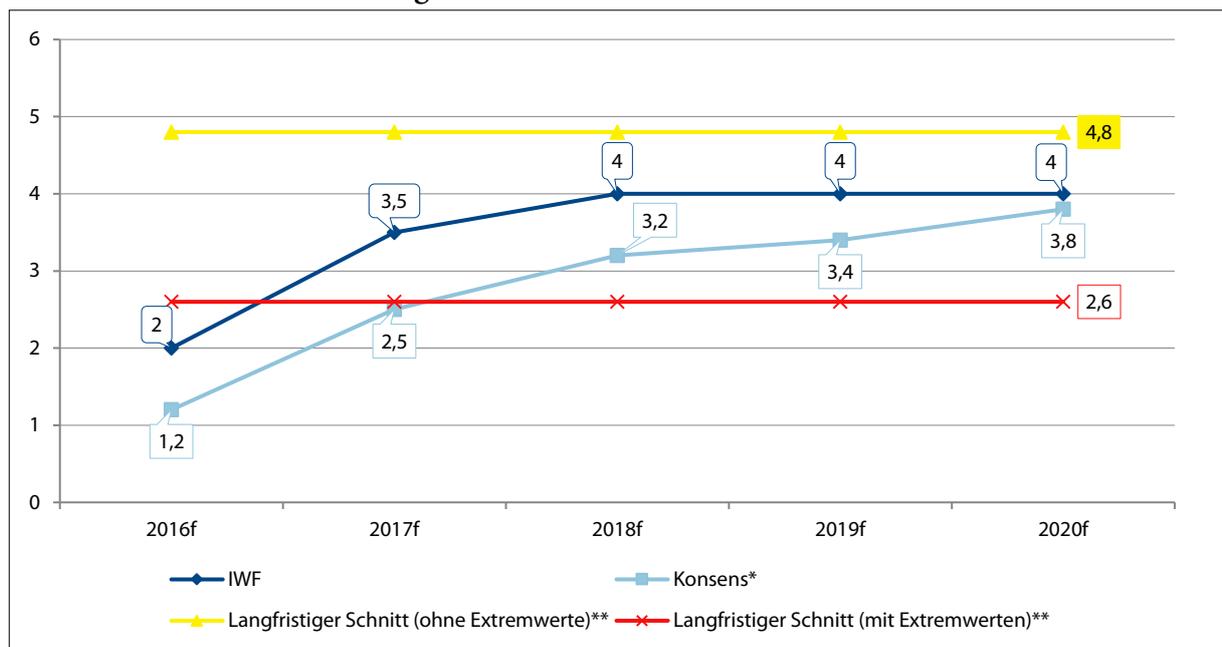
Wirtschaftsindikatoren

Grafik 1: Reales BIP (% gg. Vorjahr)



* Prognosen: Konsens von 19 heimischen/ausländischen Banken und Wirtschaftsforschungsinstituten
 Quelle: nationale Quellen, Consensus Economics, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 2: Langfristige BIP-Prognosen IWF vs. Konsens heimische/ausländische Banken und Wirtschaftsforschungsinstitute

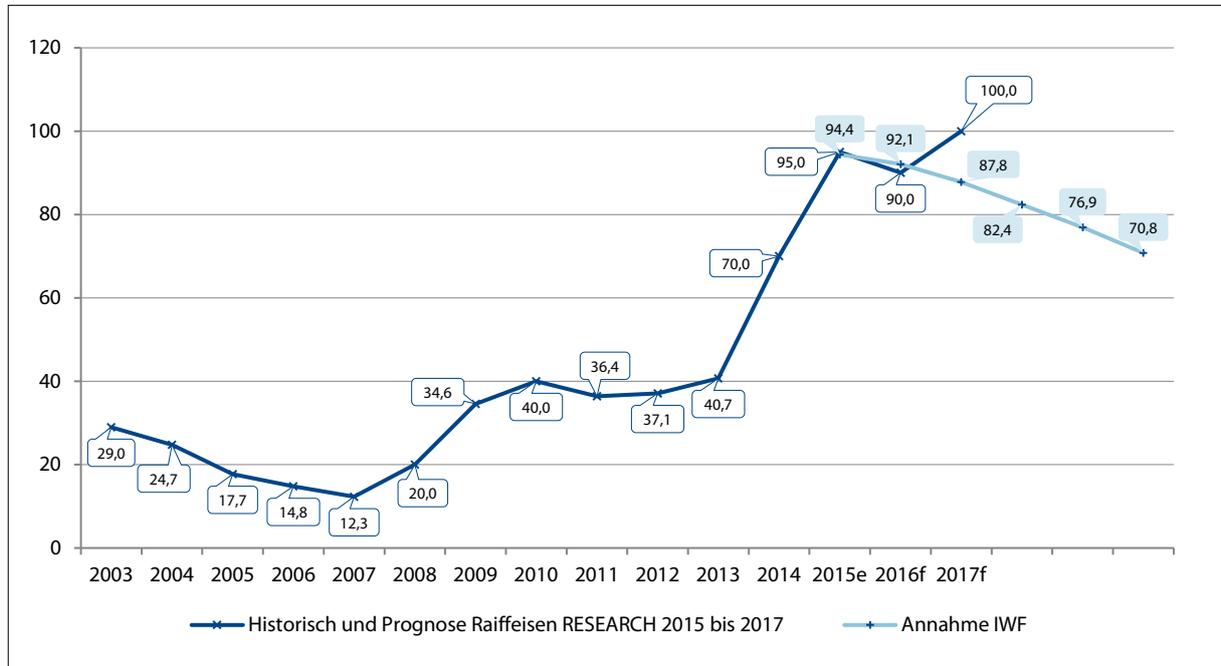


* Konsens von 19 heimischen/ausländischen Banken und Wirtschaftsforschungsinstituten

** 2000–2015e, mit und ohne Extremwerte BIP-Rückgang -14,8 % 2009 und -6,8 % 2014 und ca. 10 % 2015e

Quelle: nationale Quellen, IWF, Consensus Economics, RBI/Raiffeisen RESEARCH

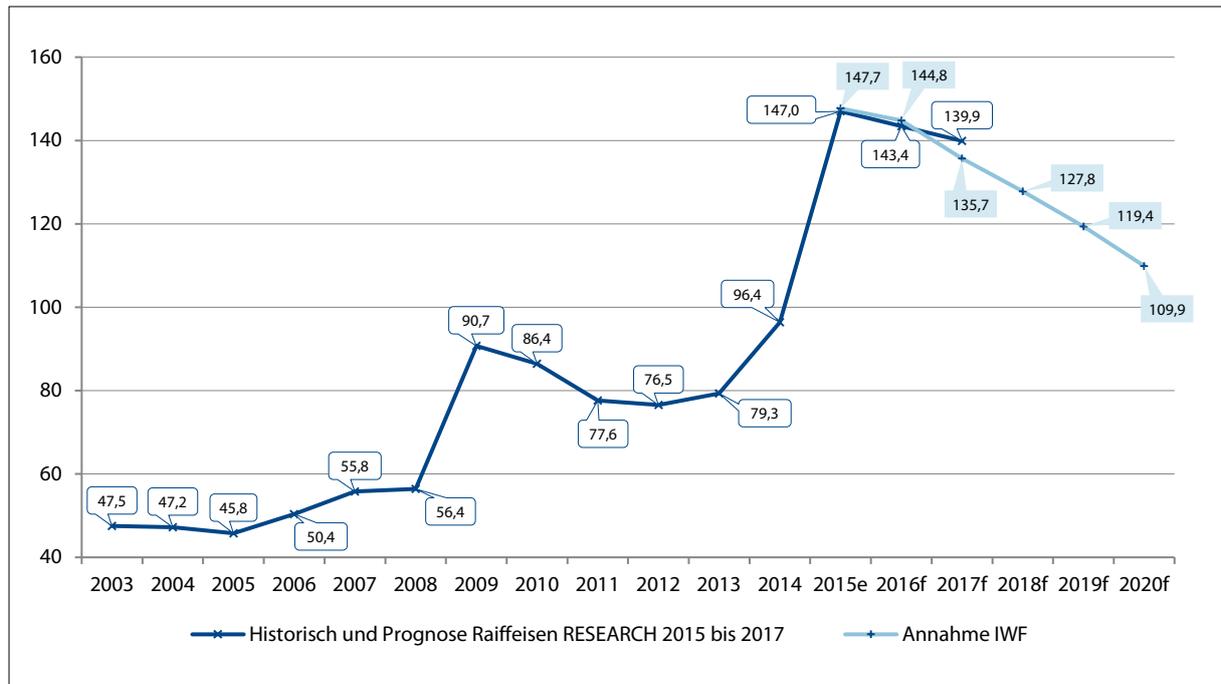
Grafik 3: Staatsschulden (in % des BIP)*



* Inklusiv Staatsgarantien

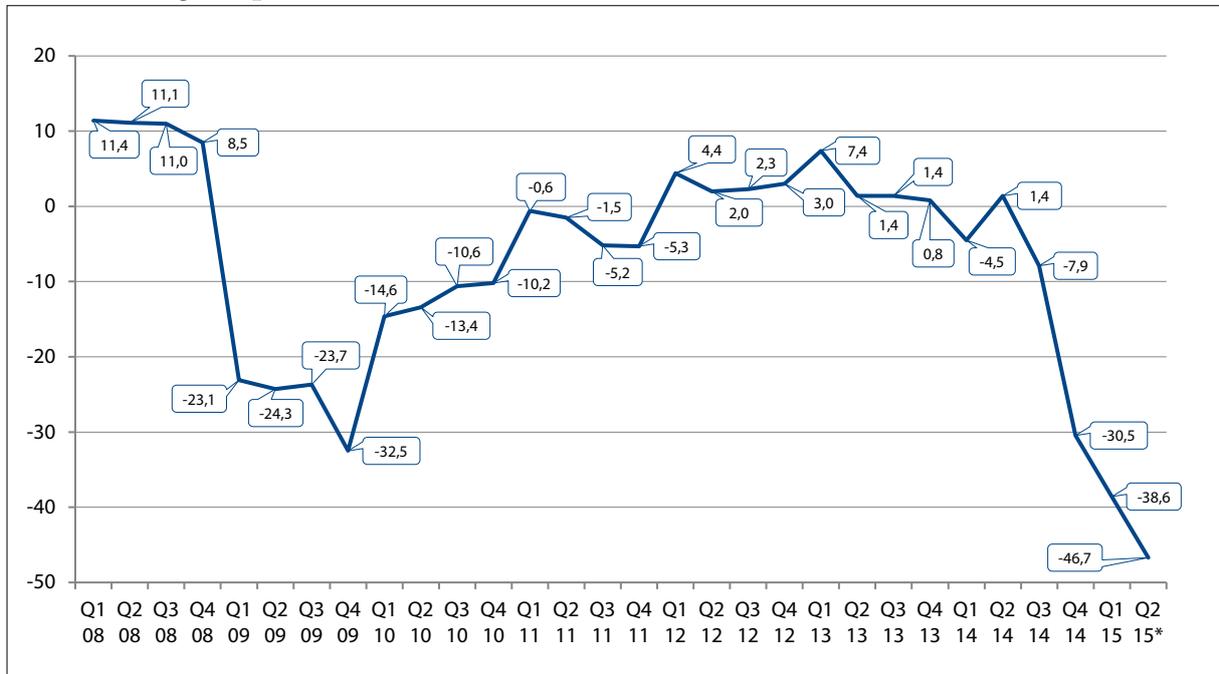
Quelle: nationale Quellen, IWF, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 4: Auslandsschulden (in % des BIP)



Quelle: nationale Quellen, IWF, RBI/Raiffeisen RESEARCH

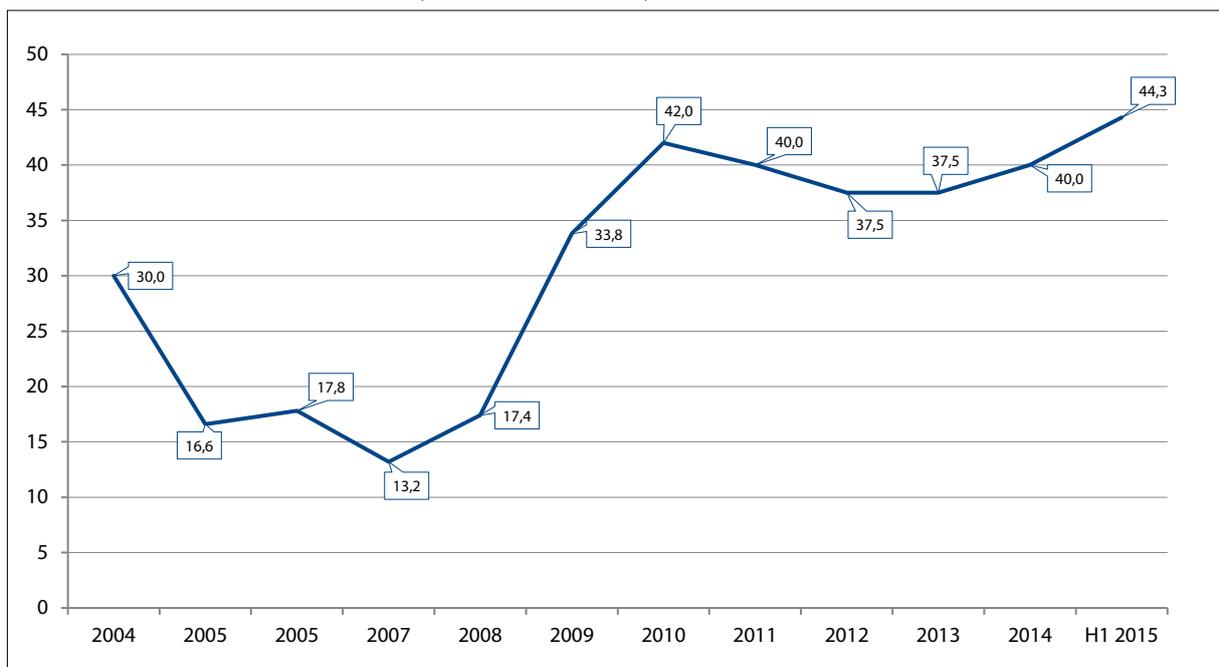
Grafik 5: Eigenkapitalrendite Bankensektor (%)*



* Q2 2015 ohne Werte für geschlossene Banken (sonst wäre Eigenkapitalrendite bei ca. -150%)

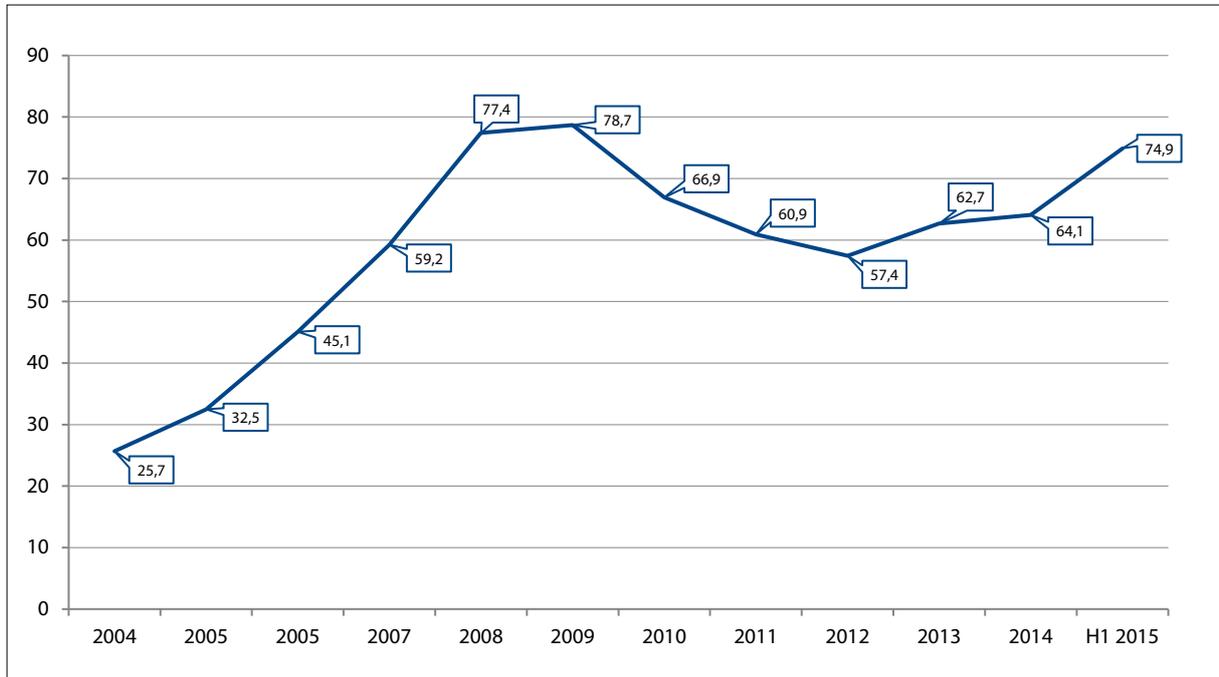
Quelle: nationale Quellen, IWF, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 6: Notleidende Kredite (% Gesamtkredite)



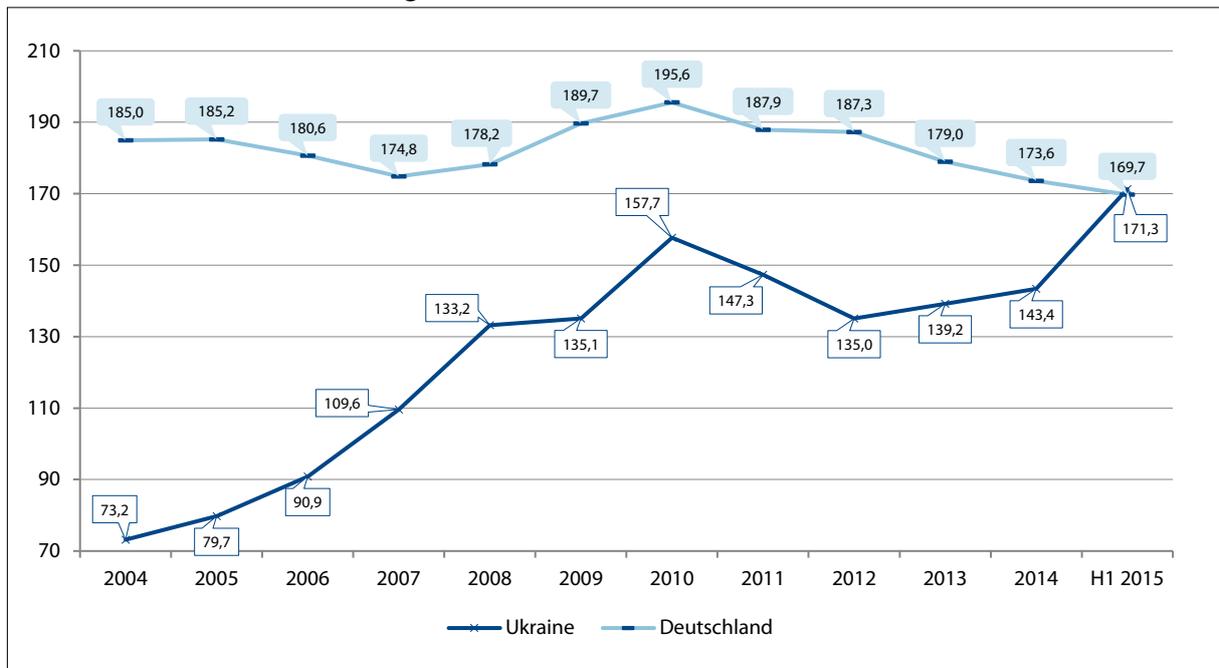
Quelle: nationale Quellen, IWF, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 7: Kredite in Relation zum BIP (% Gesamtkredite)

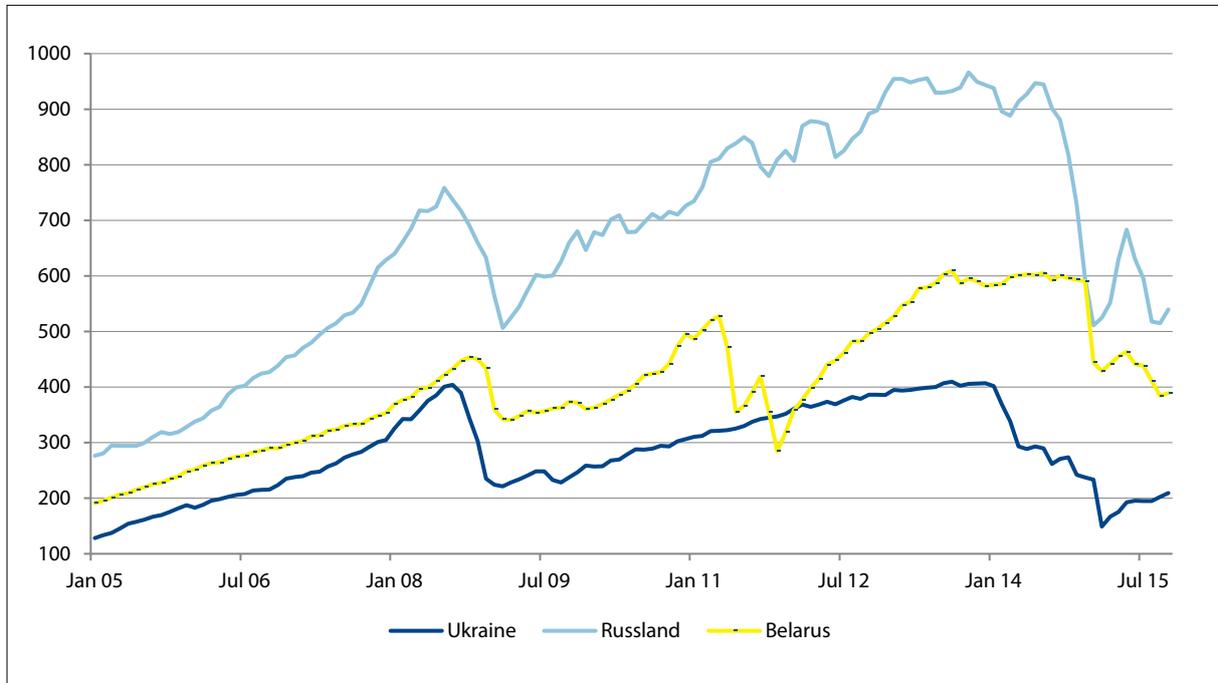


Quelle: nationale Quellen, IWF, RBI/Raiffeisen RESEARCH

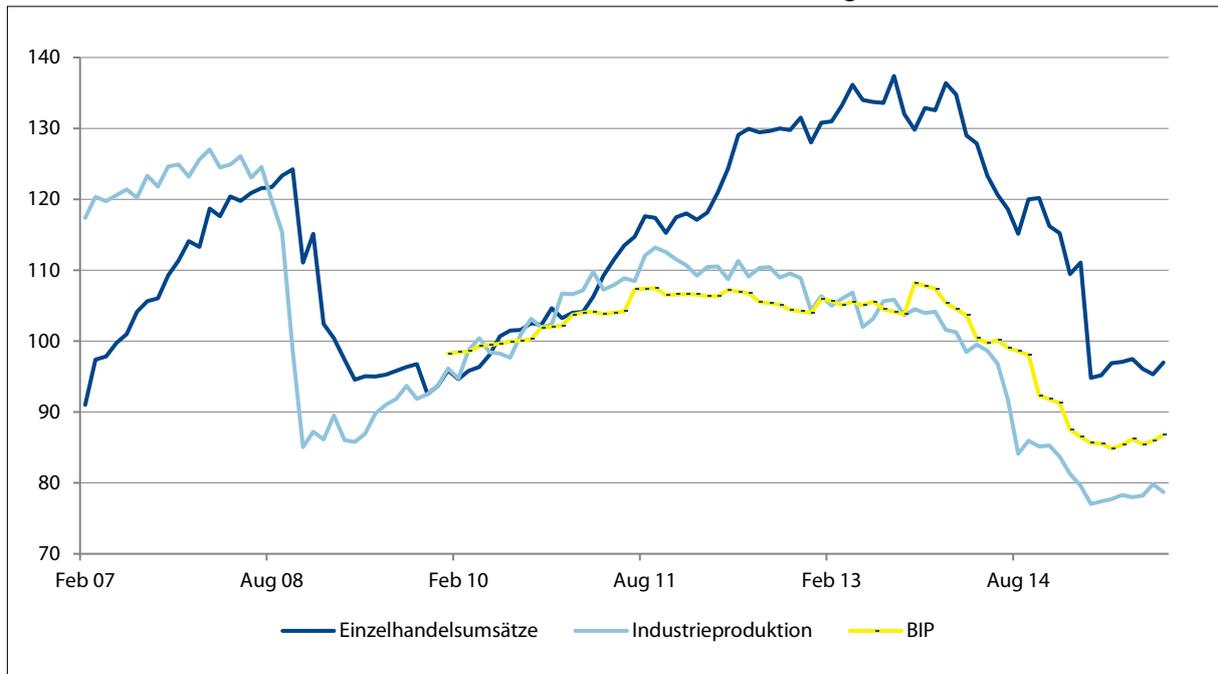
Grafik 8: Gesamtverschuldung (% des BIP)



Quelle: nationale Quellen, IWF, RBI/Raiffeisen RESEARCH

Grafik 9: Kaufkraft der Durchschnittslöhne (umgerechnet in US-Dollar)*

* Offizielle Daten über monatliche Bruttolöhne zu Marktpreisen, umgerechnet in US-Dollar
 Quelle: Reuters, RBI/Raiffeisen RESEARCH

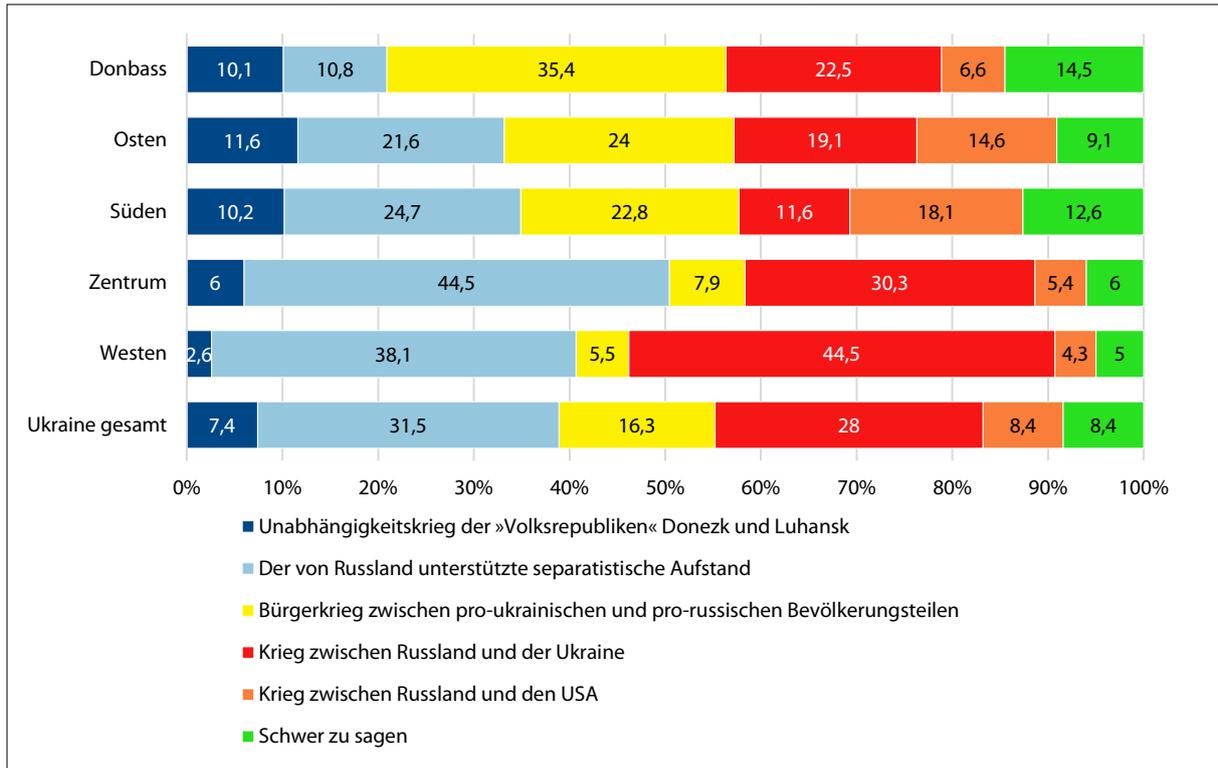
Grafik 10: Wirtschaftsindikatoren stabilisieren sich (saisonbereinigte Indizes, 2010 = 100)

Quellen: Reuters, RBI/Raiffeisen RESEARCH

UMFRAGE

Die ukrainische Bevölkerung zum Donbass-Konflikt

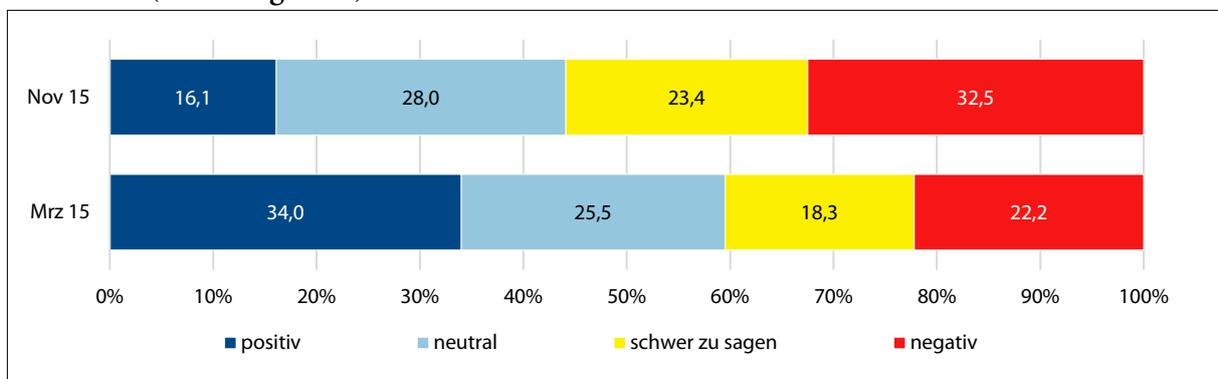
Grafik 1: Was ist der allgemeine Kern des Donbass-Konflikts? (gesamte Ukraine, November 2015)



Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer der Krim und den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten in Donezk und Luhansk durchgeführt.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums vom 6. bis zum 12. November 2015, N=2.008, <http://razumkov.org.ua/upload/1449050147_file.pdf>

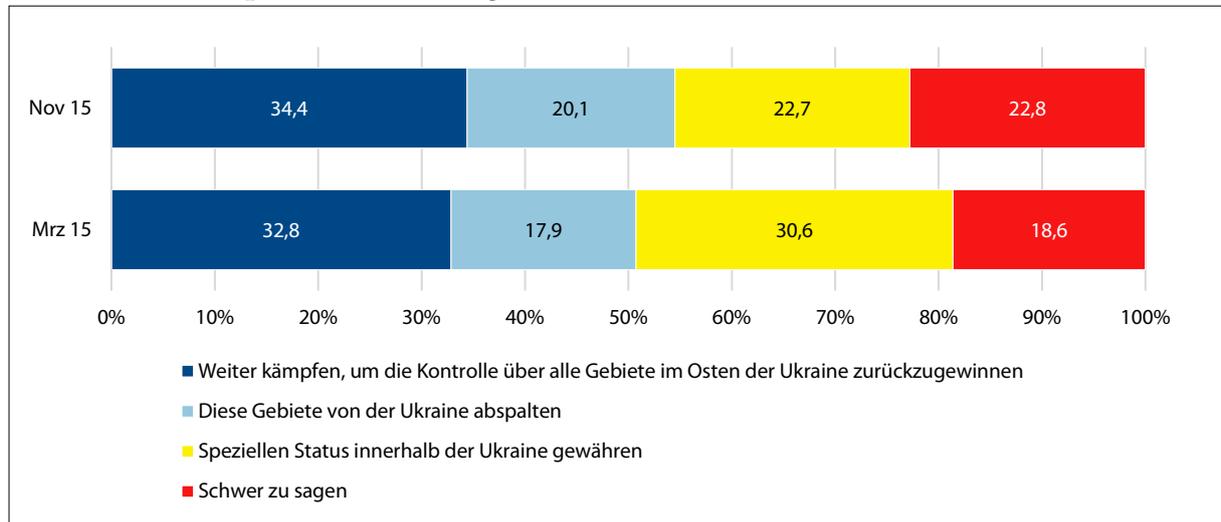
Grafik 2: Wie bewerten Sie die Minsker Vereinbarungen zum Donbass-Konflikt? (Ukraine gesamt)



Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer der Krim und den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten in Donezk und Luhansk durchgeführt.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Razumkow-Zentrums vom 6. bis zum 12. November 2015, N=2.008, <http://razumkov.org.ua/upload/1449050147_file.pdf>

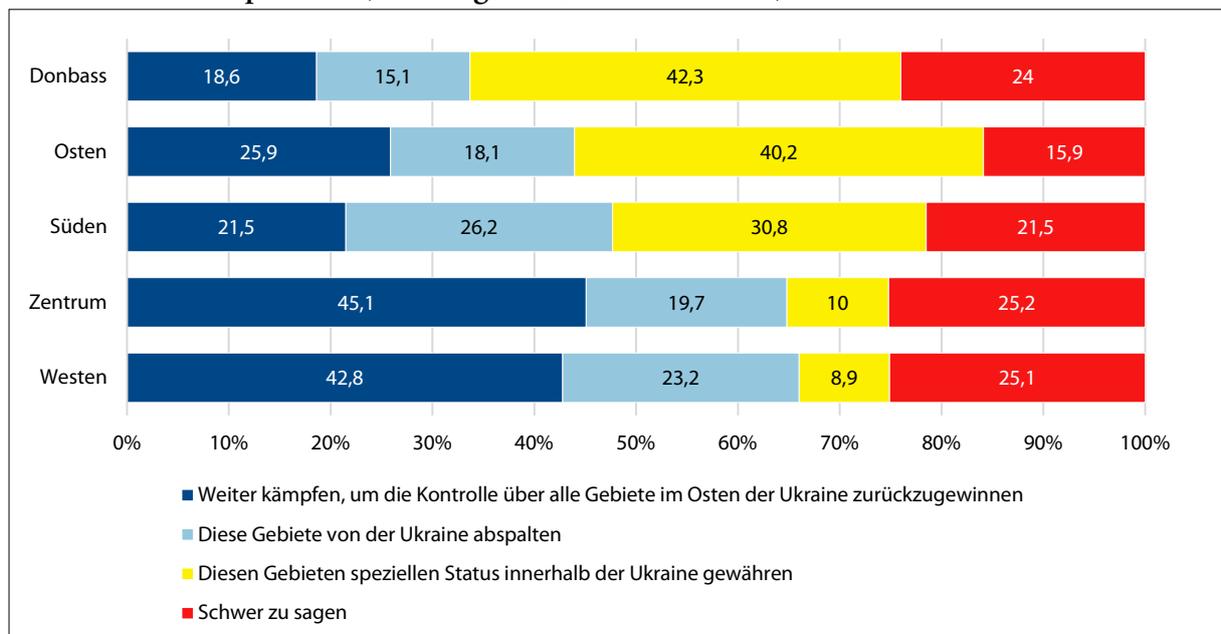
Grafik 3: Welche der Szenarien zur Lösung des Konflikts im Osten der Ukraine sind Sie bereit zu akzeptieren? (Ukraine gesamt)



Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer der Krim und den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten in Donezk und Luhansk durchgeführt.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 6. bis zum 12. November 2015, N=2.008, <http://razumkov.org.ua/upload/1449050147_file.pdf>

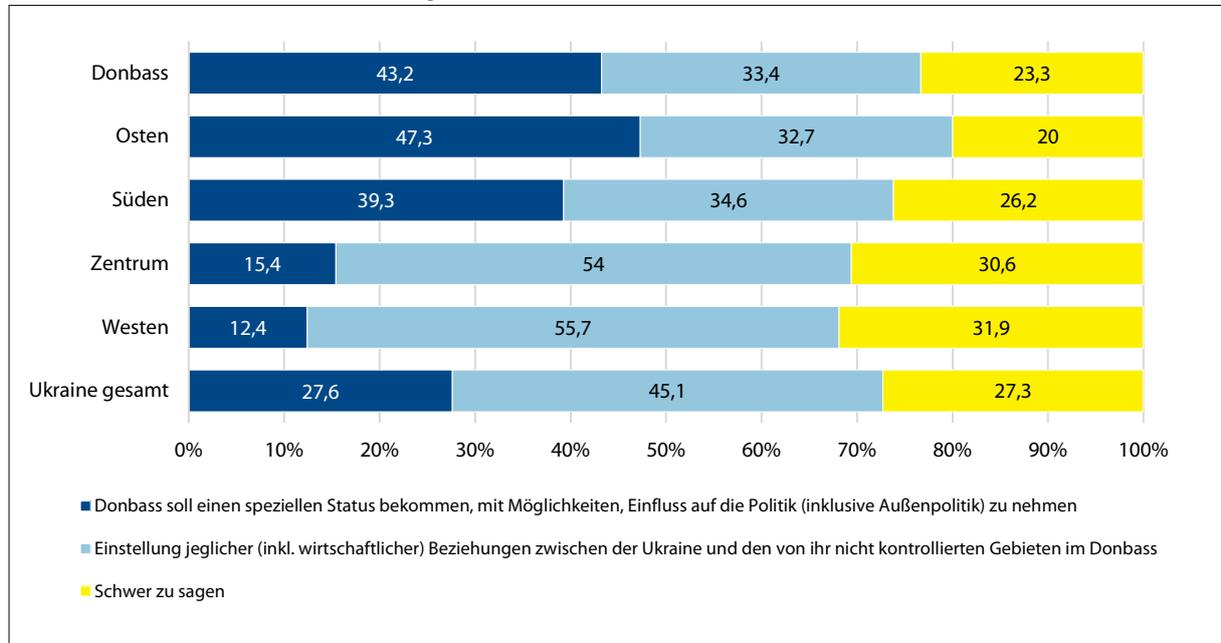
Grafik 4: Welche der Szenarien zur Lösung des Konflikts im Osten der Ukraine sind Sie bereit zu akzeptieren? (nach Regionen, November 2015)



Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer der Krim und den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten in Donezk und Luhansk durchgeführt.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 6. bis zum 12. November 2015, N=2.008, <http://razumkov.org.ua/upload/1449050147_file.pdf>

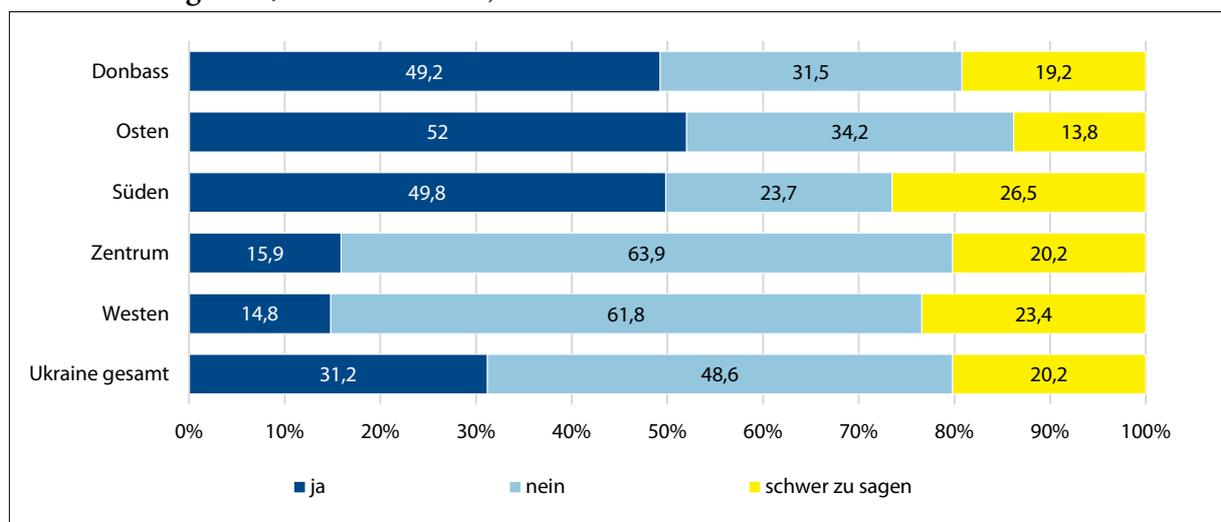
Grafik 5: Zusammenleben der Ukraine und der von der Regierung nicht kontrollierten Gebiete im Donbass (nach Regionen, November 2015)



Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer der Krim und den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten in Donezk und Luhansk durchgeführt.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 6. bis zum 12. November 2015, N=2.008, <http://razumkov.org.ua/upload/1449050147_file.pdf>

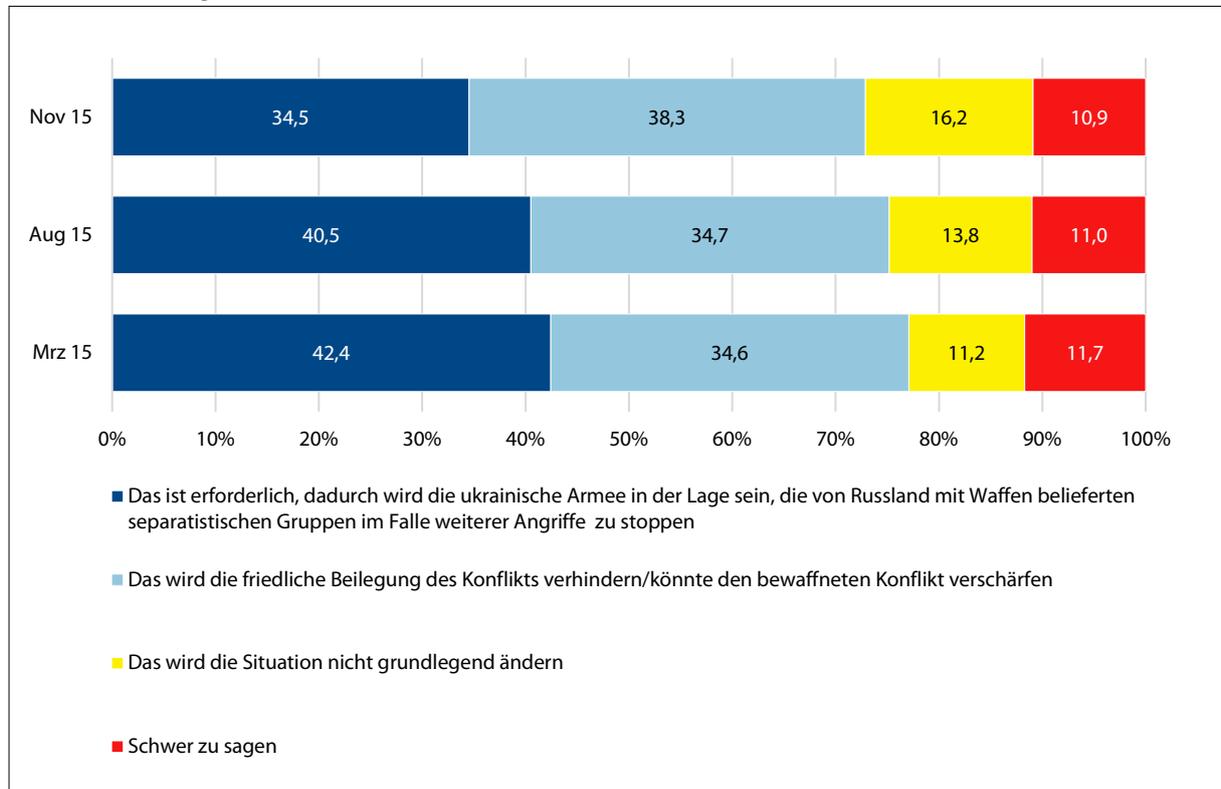
Grafik 6: Unterstützen Sie die folgende Aussage: Die Ukraine sollte dem Donbass einen speziellen Status gewähren, um den russisch-ukrainischen Konflikt zu regulieren? (nach Regionen, November 2015)



Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer der Krim und den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten in Donezk und Luhansk durchgeführt.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 6. bis zum 12. November 2015, N=2.008, <http://razumkov.org.ua/upload/1449050147_file.pdf>

Grafik 7: Was denken Sie über die Gewährung von Hilfe für die Ukraine in Form der Lieferung von letalen Waffen durch die westlichen Staaten?



Anmerkung: Die Umfrage wurde in allen Regionen der Ukraine außer der Krim und den von der ukrainischen Regierung nicht kontrollierten Gebieten in Donezk und Luhansk durchgeführt.

Quelle: Repräsentative Umfrage des Razumkov-Zentrums vom 6. bis zum 12. November 2015, N=2.008, <http://razumkov.org.ua/upload/1449050147_file.pdf>

Der aktuelle Bericht der UN-Menschenrechtsbeobachtermission in der Ukraine

Ukraine: Reduction of hostilities but serious human rights concerns persist—UN report

GENEVA (9 December 2015)—In a conflict that has claimed more than 9,000 lives, the last few months have seen a significant reduction of hostilities in certain parts of eastern Ukraine, according to a UN Human Rights report released today. Serious human rights concerns persist, however, including continuing impunity, torture and an absence of the rule of law in the east, as well as a difficult humanitarian situation for those living in the affected areas and for those internally displaced.

The twelfth report by the UN Human Rights Monitoring Mission in Ukraine states that the “ceasefire within the ceasefire” of 26 August led to a considerable decrease in hostilities, particularly due to the withdrawal of certain heavy weapons by the Ukrainian military and the armed groups. Between 16 August and 15 November, the time period covered by the report, 47 civilians were killed and 131 injured. The total death toll since mid-April last year is at least 9,098, with another 20,732 injured. Total figures include civilians, Ukrainian armed forces and armed groups.

The new casualties resulted largely from explosive remnants of war and improvised explosive devices, “underscoring the urgent need for extensive mine clearance and mine awareness actions on both sides of the contact line,” the report states. There remains, however, an inflow of ammunition, weaponry and fighters from the Russian Federation into the territories controlled by the armed groups, leaving the situation highly flammable.

The report also reveals that serious human rights abuses against people in the territories controlled by the self-proclaimed “Donetsk people’s republic” and “Luhansk people’s republic” continued, including killings, torture, ill-treatment, illegal detention and forced labour, lack of freedom of movement, assembly and expression. Local residents continue to remain without effective protection of their rights. “An estimated 2.9 million people living in the conflict area continued to face difficulties in exercising their economic and social rights, in particular access to quality medical care, accommodation, social services and benefits, as well as compensatory mechanisms for damaged, seized or looted property,” the report notes, adding that the onset of winter and impediments to the work of humanitarian organisations could worsen the situation.

“The situation for an estimated 800,000 people living along both sides of the contact line has been particularly difficult,” the report notes.

The limitations of the freedom of movement of civilians across the contact line, due to the requirements of the January 2015 temporary order issued by the Government, remained one of the major challenges for people living in the conflict-affected areas of Donetsk and Luhansk regions. As the reports notes, this is leading to an increased sense of isolation for many people, disrupting family and communal links.

The report also cites pervasive self-censorship and the inability of media professionals to exercise their freedom of expression in the east. Restrictions against media professionals by the Ukrainian Government also undermine freedom of expression.

The report also notes that “elements of the Security Service of Ukraine appear to enjoy a high degree of impunity, with rare investigations into allegations involving them.” The report has documented cases of “enforced disappearance, arbitrary and incommunicado detention as well as torture and ill treatment of people suspected of trespassing against territorial integrity or terrorism or believed to be supporters of the self-proclaimed ‘Donetsk people’s republic’ and ‘Luhansk people’s republic.’”

Accountability has yet to be achieved for the killing of protestors and other human rights violations committed during the Maidan events in Kyiv between November 2013 to February 2014, the report notes. There has been no progress in ensuring accountability for the death of 48 people during the violence in Odesa in May 2014.

In the Autonomous Republic of Crimea, the status of which is prescribed by UN General Assembly resolution 68/262, residents continue to be affected by the broad curtailment of their rights due to the application of a restrictive legal framework imposed upon them by the Russian Federation, the report states. The UN Human Rights Monitoring Mission in Ukraine continues to receive allegations of violations of the right to life, liberty, security and physical integrity, as well as fair trial rights and the rights to freedom of expression and peaceful assembly. The report also notes that the trade blockade of Crimea imposed by Ukrainian activists has led to human rights abuses, which were not properly addressed by law enforcement officers.

UN High Commissioner for Human Rights Zeid Ra'ad Al Hussein said the absence of the rule of law and legitimate authorities in territories controlled by armed groups, coupled with continuing presence of foreign fighters and sophisticated weaponry, have left people in hardship, with no real protection and no access to redress and justice. "Civilians in the conflict-afflicted eastern parts of Ukraine end the year as they began it, in a very difficult humanitarian and human rights situation. Elderly people have no access to their life savings, people with disabilities have little assistance, and reduced access to healthcare has left many in dismal, precarious, even life-threatening situations," High Commissioner Zeid said.

"After more than 9,000 people have lost their lives, the reduction in hostilities, and thus in new casualties, is very welcome. I urge all sides to fully implement the Minsk Agreements and to actively work to ensure the application of the rule of law and international human rights norms everywhere in Ukraine."

The High Commissioner reminded all involved in the conflict, including those in control of certain areas of the Donetsk and Luhansk regions, that they can be held criminally accountable for the human rights abuses committed in territories under their control. This applies in particular to those with command responsibility.

He noted some progress by the Government of Ukraine in implementing relevant provisions of the Minsk Agreements as well as launching of a National Human Rights Strategy and accepting the jurisdiction of the International Criminal Court for crimes committed after 20 February 2014. The High Commissioner also urged the authorities to ensure justice and accountability.

To read the full report, please visit: <<http://www.ohchr.org/Documents/Countries/UA/12thOHCHRreportUkraine.pdf>>

Quelle: <<http://www.ohchr.org/en/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=16858&LangID=E>>

23. November – 6. Dezember 2015

23.11.2015	Der Verwaltungschef des ukrainisch kontrollierten Teils des Gebietes Luhansk, Georgij Tuka, teilt mit, dass ein Soldat der ukrainischen Streitkräfte bei der Explosion einer Mine ums Leben gekommen sei.
23.11.2015	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt, er habe juristische Schritte gegen die Personen eingeleitet, die für die Unterzeichnung eines Vertrages zur Lieferung von Strom auf die Krim verantwortlich seien. In diesem Vertrag werde die Krim unter der russischen Bezeichnung »Föderaler Bezirk Krim« geführt, anstatt als »Autonome Republik Krim«, wie die Halbinsel offiziell in der Ukraine genannt wird. Energieminister Wolodymyr Demtschyschyn hatte zuvor beteuert, die endgültige Fassung des Vertrags enthalte nicht die kritisierte Bezeichnung.
23.11.2015	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk kündigt an, dass die Ukraine ein Importembargo für russische Produkte einführen werde, wenn Russland wie angekündigt am 1. Januar 2016 die Einfuhr einige ukrainischer Waren verbiete. Am 1. Januar 2016 tritt das Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine in Kraft. Als Reaktion hat Russland ein Teilembargo angekündigt.
23.11.2015	Die Regierung untersagt Warentransporte auf die von Russland annektierte Krim. Seit September hatte eine Kampagne von Krimtataren und ukrainischen Nationalisten zeitweilig Zufahrtsstraßen blockiert, um die Krim von der Versorgung über ukrainisches Festland abzuschneiden. Die Kampagne hatte zunächst keine offizielle Unterstützung gefunden.
23.11.2015	Der Chef des russischen Energiekonzerns Gazprom, Aleksej Miller, erklärt, dass Russland in den nächsten Tagen die Lieferung von Erdgas in die Ukraine einstellen könnte, da bisher nicht die geforderte Vorauszahlung eingegangen sei.
24.11.2015	Das Parlament verabschiedet ein Gesetz zur Reformierung von Printmedien, die von staatlichen Organen herausgegeben werden. Künftig soll es für Amtsinhaber unmöglich sein, in staatlich finanzierten Zeitungen Wahlkampf zu betreiben.
24.11.2015	Der stellvertretende Verteidigungsminister Jurij Gusew reicht ein Rücktrittsgesuch ein. Als Grund gibt er an, dass er aus dem ministeriumsinternen Büro für Reformen unter Druck gesetzt worden sei.
25.11.2015	Der ukrainische Generalstab meldet Kämpfe im Donbass. Die OSZE-Beobachtermission bestätigt, dass es mehrfach zu Schusswechseln komme. So habe die Mission im ukrainisch kontrollierten Krasnohoriwka beidseitiges Feuer von Granatwerfern registriert.
25.11.2015	Die Regierung schließt die ukrainischen Flughäfen für russische Flüge vollständig. Auch Transitflüge seien untersagt. Das Verbot betrifft nun alle russischen Fluggesellschaften. Zuvor waren nur Fluglinien betroffen gewesen, die auch die Krim anfliegen.
25.11.2015	Die Regierung weist den staatlichen Energiekonzern Naftohaz an, kein Gas mehr aus Russland zu erwerben. Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt in diesem Zusammenhang, dass erstens der Verbrauch um 20 Prozent gesunken sei und zweitens der Einfuhrpreis für Erdgas aus der Europäischen Union zurzeit erschwinglicher sei. Der russische Konzern Gazprom hatte zuvor angekündigt, ab dem 25. November 2015 kein Gas mehr liefern zu können, wenn die Ukraine bis dahin keine Vorauszahlung leiste.
25.11.2015	Ukrainische Vertreter des Gemeinsamen Kontroll- und Koordinationszentrums, das mit der OSZE-Beobachtermission zusammenarbeitet, erklären, den ukrainischen Streitkräften sei es seit dem Morgen untersagt, das Feuer zu eröffnen. Dies sei als einseitiger Waffenstillstand zu verstehen. Beide Seiten hatten nach den Abkommen von Minsk zuletzt am 01. September 2015 einen Waffenstillstand vereinbart. In den vergangenen Wochen war es im Donbass jedoch wieder zu Kämpfen gekommen.
26.11.2015	US-Präsident Barack Obama unterzeichnet das Haushaltsgesetz für 2016. Es sieht eine Unterstützung der ukrainischen Armee in Höhe von 300 Millionen US-Dollar vor. 50 Millionen davon können für defensive Waffen eingesetzt werden.
26.11.2015	Der Konzern Ukrenergo erklärt, dass die Maßnahmen zur Instandsetzung der beschädigten Oberleitungen, über die Energie auf die Krim transportiert wird, bislang nicht aufgenommen werden konnten. Nachdem in den vergangenen Tagen mehrfach Strommasten durch Sprengungen von Unbekannten zum Umsturz gebracht worden waren, werden die Unfallstellen von krimtatarischen Aktivisten und ukrainischen Nationalisten blockiert.
26.11.2015	Der stellvertretende Vorsitzende der OSZE-Beobachtermission, Alexander Hug, erklärt, dass beide Seiten des Konflikts der Mission immer wieder den Zutritt zu bestimmten Orten verweigern würden. Die OSZE könne so ihrer Aufgabe, den Abzug der schweren Waffen und die Einhaltung der Minsker Vereinbarungen zu überwachen, nicht nachkommen. Die Seriennummern der in den Lagern registrierten schweren Waffen unterschieden sich zudem oft von denen, die zuvor zum Abzug vereinbart worden waren.
27.11.2015	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt, dass die Ukraine zu wenig Kohle gelagert habe, um die durchgehende Stromproduktion im Winter gewährleisten zu können. Zwei Tage zuvor berichtete die russische Zeitung Kommersant, dass die Kohlelieferungen aus Russland in die Ukraine eingestellt worden seien. Russland hatte angekündigt, aufgrund der andauernden Unterbrechung der Stromlieferung vom ukrainischen Festland auf die Krim Gegenmaßnahmen einleiten zu wollen. Es sei jedoch bisher nicht bestätigt, dass die Unterbrechung der Kohlelieferungen offiziell als Gegenmaßnahme angeordnet worden sei, so die Zeitung.

28.11.2015	Präsident Petro Poroschenko erklärt am Gedenktag für die Opfer der Holodomor genannten Hungerkatastrophe in den 1930er Jahren, das Ereignis sei Teil des »hybrides Krieges«, den Russland seit Jahrhunderten gegen die Ukraine führe. Die Hungersnot – eine Folge der Zwangskollektivierungen – ist ein hochumstrittenes Ereignis der ukrainischen Geschichte.
29.11.2015	Nachdem der Geschäftsmann Dmytro Firtsch im Oktober 2015 angekündigt hatte, in die Ukraine zurückzukehren, erklärt Innenminister Arsen Awakow, dass Firtasch bei einer möglichen Rückkehr festgenommen und in die USA ausgeliefert würde. Firtasch war im Frühjahr 2014 auf Antrag der USA in Österreich festgenommen worden. Die USA werfen ihm Bestechung vor. Firtasch war auf Kaution freigekommen, mit der Auflage, in Österreich zu bleiben. Später hatte ein österreichisches Gericht die Auslieferung Firtaschs an die USA abgelehnt, da der Antrag auch aus politischen Motiven gestellt worden sei. Im Oktober 2015 bekam Firtasch von den österreichischen Behörden die Erlaubnis zur Ausreise.
29.11.2015	Der Chef der OSZE-Beobachtermission, Ertuğrul Apakan, kündigt eine Aufstockung der Beobachterzahl im Donbass sowie eine Ausweitung des Territoriums, auf dem die Mission aktiv sein werde, an. Genaue Angaben zur angestrebten Zahl der Beobachter werden nicht genannt. Zurzeit sind etwa 500 zivile Beobachter im Einsatz.
29.11.2015	Der Konzern Ukrenergo vermeldet, dass er sich mit den Aktivisten der Krim-Blockade geeinigt habe und in den nächsten Stunden mit der Reparatur der Stromleitungen zur Krim beginnen könne. Am 22. November hatten Unbekannte mehrere Strommasten durch Sprengsätze zum Umsturz gebracht und damit weitreichende Stromausfälle auf der Krim ausgelöst. Krimtataren und ukrainische Nationalisten unterbanden daraufhin die Reparaturarbeiten.
29.11.2015	In Mariupol und Krasnoarmijsk finden nachgeholte Lokalwahlen statt. Die Wahlbeobachterorganisation OPORA stellt keine signifikanten Unregelmäßigkeiten fest. Die für den 25. Oktober 2015 vorgesehenen Wahlen waren in beiden Städten wegen fehlender Wahlzettel ausgefallen. Die Wahlbeteiligung beträgt etwa 35 Prozent.
30.11.2015	Die Vorsitzende der Zentralbank, Waleria Gontarewa, kündigt für 2016 ein Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent und eine Inflationsrate von zwölf Prozent an. Diese Prognose liegt über dem von der Regierung im August 2015 aufgestellten optimistischen Szenario, das ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes um nur zwei Prozent voraussagte.
30.11.2015	Der Innenminister Arsen Awakow nimmt das Rücktrittsgesuch des neuen stellvertretenden Chefs der neu gebildeten Volkspolizei, Wasilij Paskal, an. Aktivisten und das Justizministerium hatten zuvor gefordert, Paskal nicht in das Amt zu berufen, da er noch nicht auf Basis des so genannten »Lustrationsgesetzes« überprüft worden sei. Das Gesetz verpflichtet hohe Beamte dazu, sich einer Prüfung auf Korruptionsdelikte zu unterziehen.
30.11.2015	Generalstaatsanwalt Wiktor Schokin ernennt den Vorsitzenden der neu eingerichteten Ermittlungsbehörde für Korruptionsdelikte. Chef der Behörde wird der 30-jährige Jurist Nasar Cholodnizkyj, der zuvor für die Staatsanwaltschaft unter anderem auf der Krim arbeitete.
30.11.2015	Mykolaj Martynenko, Abgeordneter der Partei Volksfront, legt sein Mandat nieder. Zuvor hatte es Gerüchte gegeben, nach denen in der Schweiz ein Ermittlungsverfahren gegen ihn eingeleitet worden sei, was die Generalstaatsanwaltschaft später bestätigte. Martynenko bestritt diese Informationen und sprach stets von einer politischen Kampagne gegen ihn.
01.12.2015	Der »Präsident« der von Russland annektierten Krim, Sergej Aksjonow, kündigt an, die Ukraine wegen des andauernden Stromausfalls auf weiten Teilen der Halbinsel zu verklagen, sobald die aktuelle Situation bewältigt worden sei.
01.12.2015	Einer Umfrage des Rasumkow-Zentrums zufolge sehen 39 Prozent der Ukrainer in den USA einen strategischen Partner. Im Februar 2012 hatte der Anteil noch bei acht Prozent gelegen. Russland hingegen war damals von 40 Prozent der Befragten als strategischer Partner betrachtet worden. In der aktuellen Umfrage lag der Anteil dagegen bei sechs Prozent.
01.12.2015	Der Unternehmer Dmytro Firtasch, der sich zurzeit in Österreich aufhält, erklärt, dass er entgegen seinen Plänen vom Oktober 2015 zunächst nicht in die Ukraine zurückkehren werde. Am 29. November 2015 hatte Innenminister Arsen Awakow die Verhaftung Firtaschs im Falle seiner Rückkehr angekündigt. Er würde sodann umgehend in die USA ausgeliefert, die ihn wegen des Verdachts auf Bestechung vor Gericht stellen wollen.
02.12.2015	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt, das teilweise im Ausland eingefrorene Vermögen des ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch solle in den Staatshaushalt der Ukraine einfließen. Er schlägt vor, es in einen speziellen Fonds einzuzahlen, der zur Finanzierung der Verteidigung und anderer staatlicher Leistungen herangezogen werden könnte.
02.12.2015	Die Nichtregierungsorganisation OPORA legt eine Analyse zum im Jahr 2014 gewählten Parlament vor. Daraus geht hervor, dass das Parlament mehr Sitzungstage abgehalten und mehr Gesetze verabschiedet hat als das Parlament der vorherigen Legislaturperiode in einem vergleichbaren Zeitraum. Allerdings sei bei der Mehrheit der verabschiedeten Gesetze die Geschäftsordnung verletzt worden.
03.12.2015	Laut einem Bericht des Wirtschaftsministeriums liegt der Umfang der Schattenwirtschaft in der ersten Hälfte des Jahres 2015 bei 42 Prozent der Wirtschaftsleistung.
03.12.2015	Der Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates Oleksandr Turtschynow fordert in einem Fernsehinterview die Einführung der Visumpflicht für russische Staatsbürger. Bisher können die Bürger beider Staaten ohne Visum ins jeweils andere Land reisen. Turtschynow erklärt außerdem, dass die Möglichkeit bestehe, dass Russland im Falle einer weiteren Eskalation des Konflikts auch seine Luftwaffe einsetze.

03.12.2015	Das britische Recherchenetzwerk Bellingcat veröffentlicht einen Bericht, in dem es die Kämpfe bei Mariupol im Juli und August 2014 anhand von Satellitendaten und Bildmaterial aus sozialen Netzwerken analysiert. Die Autoren erklären, einige gepanzerte Fahrzeuge und Panzer, die auf Seiten der Separatisten kämpften, seien aus Russland gekommen.
04.12.2015	Ein Vertreter des Internationalen Währungsfonds (IWF) äußert die Befürchtung, dass das Parlament einen für den Fonds nicht akzeptablen Budgetentwurf verabschieden könnte. Dies würde die Fortsetzung des Kreditprogramms gefährden. An das Unterstützungsprogramm des IWF sind auch die Programme der Weltbank, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung und einige bilaterale Abkommen einzelner Staaten mit der Ukraine gekoppelt.
04.12.2015	Vor einem Londoner Wirtschaftsgericht beginnen die Voranhörungen zu einem Prozess, in dem eine Klage des ukrainischen Unternehmers Wiktor Pintschuk gegen die Unternehmer Ihor Kolomojskyj und Hennadyj Bogoljubow verhandelt wird. Pintschuk wirft seinen früheren Geschäftspartnern Kolomojskyj und Bogoljubow Betrug vor und fordert Schadenersatz in Höhe von zwei Milliarden US-Dollar. Im Laufe der Anhörung beschuldigt Pintschuks Anwalt Kolomojskyj, im Jahr 2004 an mehreren Morden beteiligt gewesen zu sein. Kolomojskijs Anwälte weisen die Anschuldigungen zurück.
05.12.2015	Ministerpräsident Arsenij Jazenjuk erklärt, dass die Ukraine auch ohne weiteres russisches Erdgas über den Winter kommen könne. Der russische Energieminister Aleksandr Nowak kündigt unterdessen an, dass die Ukraine künftig keinen Preisnachlass auf Erdgas mehr erhalten werde.
06.12.2015	Refat Tschubarow, krimtatarischer Abgeordneter des Blocks Petro Poroschenko, erklärt, die Aktivisten der Krim-Blockade würden die Reparatur von einer der vier unterbrochenen Stromleitungen gestatten. Tschubarow zufolge haben sich Anführer der krimtatarischen Bewegung in einem Gespräch mit dem Präsidenten Petro Poroschenko auf diesen Schritt geeinigt. Mit der Wiederherstellung der Trasse könnten soziale Einrichtungen auf der Krim wieder mit Strom versorgt werden, so Tschubarow. Bisher hatten Krimtataren und ukrainische Nationalisten die Reparaturarbeiten der Stromleitungen auf die Krim blockiert, nachdem am 22. November Unbekannte durch Sprengung zentraler Strommasten weitreichende Stromausfälle auf der Krim verursacht hatten.
06.12.2015	Der ehemalige Präsident Georgiens und Gouverneur des Gebietes Odessa, Michail Saakaschwili, äußert schwere Vorwürfe gegen einige Unternehmer und Politiker der Ukraine. Dem Staat entgingen durch Korruptionsarrangements dieser Personen mehrere Milliarden US-Dollar an Einnahmen. Saakaschwili nennt dabei unter anderem die Unternehmer Rinat Achmetow und Ihor Kolomojskyj sowie den Abgeordneten Mykolaj Martynenko, der dem Ministerpräsidenten Arsenij Jazenjuk nahesteht und gegen den laut Staatsanwaltschaft ein Verfahren in der Schweiz anhängig ist.
06.12.2015	Der Generalstab der ukrainischen Armee meldet ein Gefecht in der Nähe des Ortes Majorsk im Gebiet Donezk. Dabei seien mehrere Kämpfer der Separatisten ums Leben gekommen.

Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion bemüht sich, bei jeder Meldung die ursprüngliche Quelle eindeutig zu nennen. Aufgrund der großen Zahl von manipulierten und falschen Meldungen kann die Redaktion der Ukraine-Analysen keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Zusammengestellt von Jan Matti Dollbaum

Sie können die gesamte Chronik seit Februar 2006 auch auf <http://www.laender-analysen.de/ukraine/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur für diese Ausgabe: Katerina Bosko (geb. Malygina)

Satz: Matthias Neumann

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Ukraine-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

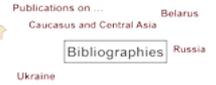
Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2015 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>



Kostenlose E-Mail-Dienste

der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_CAD_EN

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: http://www.css.ethz.ch/publications/newsletter_RAD_EN

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/belarus.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/russia.php>, <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/ukraine.php>, http://www.laender-analysen.de/bibliographies/caucasus_ca.php